Die „Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil sowie für die Rubrik „Zur Lokalfrage“ verantwortlich: Karl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Insertionsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehofstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter Ferdinand Lassalle.

No. 134. Magdeburg, Mittwoch, den 12. Juni 1895. 6. Jahrgang.

Das Alexianerkloster Mariaberg in Aachen.

Der Prozeß gegen Mellage ist beendet, die Angeklagten sind freigesprochen. Wie in seinem Plaidoyer Rechtsanwalt Dr. Niemeyer (Essen) hervorhob, ist Mariaberg eine Anstalt, die unter anderen dazu dient, widerspenstige, katholische Geistliche unschädlich zu machen. Der Herr Verteidiger fand es empörend, daß ehemalige Schuster, Schneider, Bäcker, Brauer, Fremdenführer usw. das Recht haben, katholische Priester wie Verbrecher zu behandeln und nach Belieben zu mißhandeln und lobte die Handlungsweise des Mannes, der den Schleier zerrissen, welcher über das Kloster Mariaberg gespannt war. Mellage hat durch Herausgabe der von uns besprochenen Broschüre: „39 Monate bei gesundem Geist als irrsinnig eingekerkert“ der ganzen civilisierten Welt einen unendlich großen Dienst geleistet, ein Werk der Nächstenliebe vollbracht, das für die Kultur und den menschlichen Fortschritt von höchster Bedeutung ist. Ohne das Vorgehen des Herrn Mellage säße der gemarterte Forbes noch heute hinter den Mauern des Klosters Mariaberg und wäre zweifellos dortselbst gestorben.

Was die Verhandlungen ergeben haben, ist, wie die Leipziger Volkszeitung mit Recht schreibt, so ungeheuerlicher Natur, daß man sich mitunter fragen mußte, ob wir in einem Zeitalter leben, das auf seine Kultur und seine wissenschaftliche Erfahrung stolz ist, oder in irgend einem Winkel des Mittelalters, das überall Hexerei und böse Geister witterte und vor der Wissenschaft den heiligsten Abscheu hatte. Und freilich ist es ein Stück graues, verwittertes Mittelalter, dieses Pfaffenkloster, in dem ungebildete Menschen die ihnen anvertrauten Pfleglinge mit Schlägen und Stößen mißhandeln, in dem die Herren Aerzte die Rolle des fünften Rades am Wagen spielen, und Geisteskranke mit unmenschlichen „Zuchtmitteln“ grausamster Art gequält werden. Es ist durch die Vernehmungen der Zeugen festgestellt, daß Irrsinnige und Epileptiker Schläge mit Schlüsselbünden und Stöße brutalster Art erhalten haben, daß von Zwangsjacke, Ketten und ähnlichen Werkzeugen reichlich Gebrauch gemacht wurde. Und eine Scheußlichkeit, die man sonst nur noch in alten Schauergeschichten zu lesen pflegte, ist dort harte Wirklichkeit gewesen: die Douche und der Bottich.

In der verflossenen Session des Reichstages erklärte bekanntlich der Centrumsabgeordnete Gröber dem Abg. Bebel gegenüber:

> Alles, was die Sozialdemokraten angeblich geleistet haben für die deutsche Arbeiterwelt, ist nicht so viel wert als das, was eine einzige barmherzige Schwester in einem einzigen Monat für die Arbeiter freiwillig, aus Liebe zu Gott, thue.

Nun sind es im vorliegenden Fall nicht „barmherzige Schwestern“, welche sich in den Dienst ihrer leidenden Mitmenschen gestellt haben, sondern „barmherzige Brüder“, welche, wie der Verteidiger der Nebenkläger, Rechtsanwalt Oster (Aachen), unter halblautem Lachen der Zuhörer sagte, nicht materieller Vorteile wegen, sondern lediglich aus Liebe zu Gott und ihrer Kirche, sich in den schweren, Tag und Nacht die härteste Arbeit erfordernden Dienst der Kranken- und Irrenpflege gestellt haben. In welcher Weise einige dieser frommen Brüder diesen Krankendienst verrichteten, ersehen wir aus der Verhandlung selbst. Wir greifen einen Teil der Zeugenvernehmung heraus:

Der Zeuge Medizinalrat Dr. **Gerlach** sagt über die Behandlung der armen Kranken folgendes aus: Ich habe ein einziges Mal die Anwendung einer Douche mit angesehen, **ich vergesse den gräßlichen Eindruck, den diese Prozedur auf mich machte, niemals.**

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. **Niemeyer** (zu einem andern Zeugen): Herr Dr. Capellmann, Sie haben in Abrede gestellt, daß, nachdem Sie von dem Vorhandensein der Douche und des Tauchbades erfahren, diese Strafmittel oder Disziplinarmittel weiter angewendet wurden. Sie haben nur eine Eingabe zu den Akten eingereicht, daß die Prozedur in dem **Tauchbad** in folgender Weise vorgenommen wurde: Es wurden dem Kranken **die Füße zusammen** und alsdann **die Hände an den Körper festgeschnallt.** Alsdann wurde der Kranke in das Tauchbad gesetzt, der Kopf nach unten getaucht, die Beine in die Höhe gezogen und er so etwa zwei Minuten lang durch den Bottich gezogen.

Zeuge Landwirtschaftsgehilfe **Josef Nellessen** bekundet auf Befragen des Präsidenten: Ich war elf Monate Wärter in Mariaberg gewesen. **Ich habe in meiner Station niemals einen Anstaltsarzt gesehen.** Ich sah einmal, wie ein **Bruder einen Kranken zu Boden stieß, mit dem Fuße trat und in die Seite schlug.** Ein anderes Mal sah ich, wie ein Kranker, der nicht schnell genug gehen konnte, von einem Bruder und einem Wärter die **Treppe hinabgezerrt und alsdann über den Fußboden geschleift wurde.** Ein weiteres Mal sah ich, wie ein Bruder einen Kranken mit **einem Schlüsselbund auf den Hinterkopf schlug.** — **Präs.:** Nun erzählen Sie einmal, wie es mit dem Bottich gehandhabt wurde. — Die Schilderung, die der Zeuge von dem Verfahren giebt, deckt sich Punkt für Punkt mit derjenigen, welche bereits der Verteidiger Niemeyer gegeben hat. Die **Prozedur habe etwa eine halbe Stunde gedauert.** Der Zeuge bekundet, daß die Strafe **niemals im Verhältnis zu den von den Kranken begangenen Unarten gestanden habe** und daß ihm die ganze Prozedur **als eine Unmenschlichkeit sonder Gleichen erschienen sei.** Der Zeuge bekundet im Weiteren auf Befragen, daß **Kranke vielfach gefesselt in die Kapelle geführt würden.** — Verteidiger R.-A. Dr. **Niemeyer:** Wie waren die Fesseln den Kranken angelegt? — **Zeuge:** Es waren den Kranken an **Händen und Füßen Ketten angelegt.** — **Vert.:** Haben Sie nicht auch gesehen, daß **Kranke von den Brüdern blutig geschlagen wurden?** — **Zeuge: Jawohl, das ist mehrfach vorgekommen.** Ein Kranker hat einmal einem anderen die Freundschaft gekündigt, weil dieser sich mit dem Bruder Ezechiel wieder befreundet, der **ihn in arger Weise blutig geschlagen habe.** Der betreffende Kranke sagte: in den Zellen klebt **Blut,** hervorgerufen durch den Bruder Ezechiel. — Auf ferneres Befragen bekundet der Zeuge: **Er habe mit Ausnahme eines einzigen Males stets vorher gewußt, wann die Revision kommt.** Sobald den Brüdern bekannt wurde, daß Revision komme, wurde eine Generalwaschung der Kranken vorgenommen und den Wärtern anbefohlen, sich saubere Wäsche anzuziehen. Ein Kranker Namens Spier sei einmal von dem Bruder Rochus derartig mit einem **Schlüssel auf den Kopf geschlagen** worden, daß er ein Loch in den Kopf bekam. Als ein Wärter diesen Kranken deshalb zu Bett bringen wollte, sagte Bruder Rochus: Ich werde den Kerl die Treppen herunterwerfen und ihm noch ein Loch in den Kopf schlagen. Er (Zeuge) habe diese Mißhandlungen schließlich nicht mehr mit ansehen können und habe deshalb gekündigt, drei bis vier Tage vor seinem Abgange habe ihn Bruder Doerbeck in die schmutzige Station geschickt. Er habe einmal gesehen, wie ein Kranker von dem Bruder Stephan eine Ohrfeige bekam. **Ein Kranker sei durch die Mißhandlung eines Bruders gestorben.**

Es erscheint nunmehr als Zeuge ein buckliger, ganz kleiner und sehr schwächlicher Zwerg. Es ist dies der Händler **Stutenkämper** aus Essen. Dieser bekundet: Er sei ein Jahr lang als Epileptiker in der Anstalt Mariaberg gewesen. Eines Tages, als er gerade aus der Kirche kam, habe er den Bruder Ezechiel gebeten, ihm seine Zelle aufzuschließen. Als Antwort hierauf habe ihm Bruder Ezechiel ein paar heftige Ohrfeigen gegeben und ihn mit der Faust auf den Kopf und ins Kreuz geschlagen und als er sich dies verbat, habe ihn Bruder Ezechiel die Treppe hinabgeworfen. Er habe ebenfalls gesehen, daß in der Kirche eine Anzahl Kranker an Händen und Füßen mit Ketten gefesselt waren. — Medizinalrat Dr. **Gerlach:** Sie waren doch nur Epileptiker, durften Sie sich denn nicht frei in der Anstalt bewegen? — **Zeuge:** Nein, ich war in der geschlossenen Abteilung. — Vert. Rechtsanwalt **Lenzmann:** Welcher Geistliche war in der Kirche zugegen, in der die Kranken mit Ketten gefesselt waren? — **Zeuge:** Soweit ich mich erinnere, Herr Forbes und noch einer.

Der folgende Zeuge ist der Barbier **Mewen.** Dieser bekundet, er sei 30 Jahre in Mariaberg thätig gewesen. Als die Mellagesche Broschüre erschien, habe er sofort gesagt: **der Verfasser ist gut unterrichtet. Das Schlagen mit dem Schlüsselbund auf den Kopf sei ihm schon nicht mehr aufgefallen,** daran sei er schon gewohnt gewesen. Er habe einmal gesehen, wie ein **Kranker zwischen ein eisernes Gitter und einen glühenden eisernen Ofen gestellt wurde.** — **Präs.:** War der Kranke ein Epileptiker oder ein Verrückter? — **Zeuge:** Ich glaube, es war ein Verrückter. — **Präs.:** Hat man den Kranken gefesselt? — **Zeuge:** Nein. — Dann lag doch die Gefahr nahe, daß der Kranke auf den glühenden eisernen Ofen fallen und jämmerlich verbrennen konnte? — **Zeuge:** Gewiß, diese Gefahr war vorhanden. — **Präs.:** Wissen Sie, weshalb diese Strafe vollstreckt wurde? — **Zeuge:** Nein. — **Präs.:** Blieb nun der Kranke auf einer Stelle stehen oder lief er um den Ofen herum? — **Zeuge:** Er lief unaufhörlich laut schreiend herum. — **Präs.:** Brannte der eiserne Ofen? — **Zeuge:** Ja wohl. — Der Zeuge bekundet im weiteren auf Befragen: Er habe gesehen, daß Kranke die sogenannte Kübeldouche bekamen. Ein Kranker, der früher im Zuchthause zu Werden war, habe ihm einmal gesagt, das Essen im Zuchthause sei bedeutend besser als in Mariaberg, es sei das kein Essen für Menschen, sondern fürs Vieh. Er habe 1890 die Stellung in Mariaberg aufgegeben.

Schreiner Friedrich **Krämer,** der hierauf als Zeuge erscheint, bekundet: Er sei vom 13. Mai 1891 bis 10. Juni 1892 Wärter in Mariaberg gewesen. **Bruder Thomas habe einmal einen Kranken mit dem Schlüsselbund auf den Kopf geschlagen,** ihn alsdann in eine Zelle schaffen und den Kranken hilflos liegen lassen. **Am folgenden Morgen sei der Mann tot gewesen.** (Große anhaltende Bewegung im Zuhörerraum.) Bruder Karl habe einmal einem Kranken eine Schlinge um den Hals geworfen und ihn damit gewürgt.

Der letzte Zeuge ist Bruder **Irenäus,** mit seinem bürgerlichen Namen Engelbert Müller. Dieser bekundet auf Befragen: Der durch den Schlag mit dem Schlüsselbund erschlagene Kranke sei ein Mann Namens Borchelt gewesen. Dieser sei am folgenden Abend gegen 6 Uhr gestorben. — Verteidiger R.-A. Lenzmann: **Haben Sie zu dem Verstorbenen einen Arzt zugezogen?** — Zeuge: **Nein!** — Verteidiger: Hielten Sie es nicht für Ihre Christenpflicht, dem armen Menschen ärztliche Hilfe zu bringen? — Zeuge: Der Mann machte auf mich den Eindruck eines Tobsüchtigen, in solchem Falle ist ärztliche Hilfe nicht notwendig.

Wir denken, diese Beispiele genügen, um zu zeigen, wie wenig Liebe und Barmherzigkeit bei denen Eingang gefunden, die sich als die privilegierten Vertreter der christlichen Lehren und Grundsätze ausgeben. Der Prozeß Mellage hat den Heiligenschein zerstört, mit dem sich die **konfessionelle Charitas** dergestalt zu umgeben weiß, daß Behörden und Private nicht selten vor diesem Heiligenschein scheu zurückbeben. Es ist die ultramontane, wie die evangelisch-orthodoxe Anmaßlichkeit, die hier gleicherweise einen kräftigen Stoß erlitten hat; jene bornierte Anmaßlichkeit, die auf humane Anstalten wie auf die medizinische Wissenschaft ohne konfessionellen Untergrund als auf wertlosen Trödel herabzublicken sich erfrecht.

Aber auch die Staatsanwaltschaft schneidet bei diesem Prozeß schlecht ab. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Untersuchung der von Mellage in seiner Broschüre angeführten Zustände angeordnet. Es wird nichts, aber auch rein gar nichts gefunden, was zur Erhebung einer Anklage gegen die frommen Klosterbrüder führen könnte. Kein Engel ist so rein, wie die „Oberen“ des Ordens, Generalrektor Quirinus Bank, Rektor Paulus Doerbeck, das Faktotum Bruder Heinrich und die andern „frommen Brüder“. Auch das Verfahren der Anstaltsärzte, die zwar für jeden „Kranken“ ihre Tantieme bekommen, und deren Einnahmen also um so größer sind, je mehr „Kranke“ rechtmäßig oder unrechtmäßig sich in der „Heilanstalt“ befinden, sich aber sonst nicht weiter um die „Heilung“ ihrer „Kranken“ bekümmern, bietet der Staatsanwaltschaft im Voruntersuchungsverfahren keinen Anlaß zum strafrechtlichen Einschreiten. Und wenn man sich des organisierten Spionensystems erinnert, das es den Brüdern ermöglicht, von jeder drohenden Revision mindestens zwei Tage vorher unterrichtet zu sein, so ist es ja kein Wunder, daß die untersuchende Staatsanwaltschaft nichts zu monieren fand.

Wenn jetzt der Staatsanwalt erklärt, er habe Mellage und Genossen auf die Anklagebank gebracht, um Klarheit über die Behauptungen der Broschüre zu schaffen, so entspricht diese Erklärung allerdings der bedauerlichen Thatsache, daß die staatsanwaltlichen Ermittelungen gegen die Klosterbrüder mit absolut negativem Erfolge angestellt worden sind, wo der Privatmann Mellage ohne die autoritativen Befugnisse einer Staatsanwaltschaft, unter Ueberwindung größter Schwierigkeiten, alle Schandthaten der frommen Brüder vollkommen einwandsfrei aufzudecken vermocht hat. Herr Mellage hat, durch Glück begünstigt und durch Energie befähigt, für alle seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen können, trotzdem der recherchierende Staatsanwalt nichts Straffälliges in der Anstalt ermitteln konnte, und er ist freigesprochen worden. Was aber wäre geschehen, fragt der Vorwärts, wenn ein weniger Energischer oder ein Ungeschickterer die Sache in der Hand gehabt hätte? Er wäre ohne Gnade verdonnert worden — hat doch der Staatsanwalt im eben abgeschlossenen Gerichtsverfahren auch jetzt noch eine Bestrafung beantragt. Aber jedenfalls wäre der englische Geistliche überhaupt niemals befreit, wären die schamlosen Zustände im Kloster Mariaberg niemals in der Oeffentlichkeit bekannt geworden, und die Henkersknechte von Mariaberg gälten noch heute als „fromme, barmherzige Brüder“.

Einen Vorwurf trifft aber auch die Regierung in Aachen, die es ruhig geschehen ließ, daß ungeschulte Personen aller Art als Wärter eingestellt wurden, daß die ärztliche Aufsicht über 660 Kranke von zwei Aerzten im Nebenamte versehen wurde, daß die unerhörtesten Schändlichkeiten sich ereigneten, ohne daß die Staatsgewalt eingriff. Leider gestattet der Raum nicht, alle Einzelheiten, insbesondere die kennzeichnenden Aussagen der Sachverständigen anzuführen. Der ausführliche Prozeßbericht, der jedenfalls erscheinen wird, mag noch manchen charakteristischen Zug dem Bilde hinzuführen; so viel steht fest, daß unser gesamtes Irrenwesen gründlich reformbedürftig ist.

Zum mindesten ist eine strenge gesetzliche Regelung, eine dauernde Ueberwachung durch Fachleute dringend zu fordern. Die wissenschaftlichen Grundsätze, die mit den Forderungen der Menschlichkeit völlig übereinstimmen, müssen rückhaltlos zur Geltung gebracht werden. Hier steht kein berechtigtes Privatinteresse, keine Freiheit der Kirche in Frage: hier handelt es sich um Interessen der Gesamtheit und des Staates, die überall geltend zu machen sind.

Ingleichen ist die Reform des Verfahrens, der Verweisung in eine Anstalt und der Entmündigung dringend geboten. Daß eine Ehefrau, die etwa ein ehebrecherisches Verhältnis mit einem Polizeikommissar hat, wie es dort vorgekommen sein soll, oder mit einem Arzte, wie es in dem Falle Drake der Fall war, mit Hilfe des Mitschuldigen den Mann aus dem Wege in eine Irrenanstalt schafft, daß Medizinalkollegien wie das württembergische und das königlich sächsische „aus den Akten“ Unzurechnungsfähigkeit feststellen: das sind unerhörte Mißbräuche.

Wir fordern:

Regelung der Entmündigung durch Einführung kollegialer, zu persönlicher Untersuchung mit periodischer Nachprüfung verpflichteter Behörden, denen Juristen, Aerzte und freigewählte Vertrauensmänner des Volkes angehören; strenge Beaufsichtigung aller Irrenanstalten durch Sachverständige; Beseitigung der ganzen mit unserer Irrenpflege verbundenen Geheimniskrämerei.

Wird der preußische Landtag, der, wie versichert wird, in seiner wieder beginnenden Tagung Aufklärung über die versäumte Ueberwachung von der Regierung fordern wird, sich zur Forderung derartiger durchgreifender Reformen aufschwingen?

Wir fürchten, es wird auch hier wieder bei Halbheiten bleiben. Die Aufmerksamkeit des Volkes aber ist wach und wird dafür sorgen, daß die Sache nicht mehr einschlafen wird. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Verhaftungen von Zeugen, die sich bei der Gerichtsverhandlung in Aachen aufs schwerste kompromittiert haben, bezw. von anderen Beteiligten, die aufs schwerste kompromittiert worden sind, haben bis jetzt noch nicht stattgefunden; wenigstens liegen aus Aachen Nachrichten dieser Art bis zur Stunde noch nicht vor. Dagegen geht das Gerücht, Bruder Heinrich habe eine Erholungsreise nach Belgien angetreten, was, wenn es wahr wäre, auf die anderen Brüder gewiß ansteckend wirken würde. Die Volkszeitung hofft, daß den Herrschaften, für die der Staatsanwalt sich nunmehr interessieren zu wollen erklärt hat, jede Spritzfahrt in das Belgische gerade jetzt unmöglich gemacht wird. Bei der Internationalität der ultramontanen Frömmigkeit ist zu fürchten, daß die Herren in auswärtigen Klöstern eine neue Anstellung finden, von der aus sie für preußische Staatsanwaltschaften nicht mehr zu haben sind. —

Mund halten! Dieser Ruf wird in der Centrumspresse ausgestoßen gegenüber den Angriffen der Nationalliberalen auf die frommen Brüder in Mariaberg bei Aachen (lies Leitartikel). Dem entgegen erinnert die Centrumspresse an gewisse Vorgänge in den Krankenhäusern. Was hat nicht im vorigen Jahre die große Berliner Charité für Anklagen hören müssen! Von den Sozialdemokraten wurde sie ja förmlich geboykottet. Daß die Anklagen nicht grundlos waren, hat ja das Einschreiten des Kultusministers bewiesen. Wäre die Charité vor Gericht gestellt worden und wären von Herrn Lenzmann Aerzte und Personal acht Tage lang inquiriert worden, so wäre möglicherweise ein Bild zum Vorschein gekommen, das der nationalliberalen Presse auch nicht gefiele. Wir meinen, die Centrumspresse hat nicht so unrecht. Auch uns will bedünken, daß sie alle beide ꝛc. —

Auch den **Antisemiten** gelingt nichts mehr. Die angebliche Opferfreudigkeit hat elend Schiffbruch gelitten. Das antisemitische Blatt, Westfälische Reform, schreibt: Trotz der eindringlichsten Ermahnungen, Aufforderungen und Bitten, zu unzähligen Malen in den verschiedensten Parteiblättern veröffentlicht, will es dem deutsch-sozialreformischen Reichstagsabgeordneten Werner nicht gelingen, die erforderlichen Mittel zur Bezahlung eines Schuldbetrages von 600 Mark aus den Kreisen der Anhänger herauszupressen. Obwohl die Tilgung der Schuldsumme, welche von der Wahlbeteiligung in Eisenach-Darmbach herrührt, ausdrücklich als eine „Ehrenpflicht der deutschsozialen Reformpartei" bezeichnet wird, sind seit etwa 7 bis 8 Wochen die 600 Mark nicht um einen Heller geringer geworden. — Die Thätigkeit der antisemitischen Parlamentarier, die Korruption in den eigenen Reihen, hat verschiedenen Antisemiten die Augen geöffnet, sie haben das frühere Interesse an der Parteisache verloren. Auch in Magdeburg verschwindet einer nach dem anderen vom antisemitischen Kriegsschauplatze. —

Von der „Not der Landwirtschaft". Die königl. Domäne Nischwitz war bisher an den Landtagsabgeordneten Sehr für 18000 Mark verpachtet. Kürzlich, als sie neu verpachtet wurde, bot ein sächsischer Gutsbesitzer 33100 Mark. Doch blieb Herr Sehr, wie wir aus Bromberg erfahren, mit 33200 Mark Höchstbietender, worauf er in die Pacht von neuem eintrat. Ein Pächter, der von 18000 auf 33200 Mark Pacht mitgeht, muß erstens bei 18000 Mark Pacht ein sehr gutes Geschäft gemacht haben, zweitens auch bei 33200 Mark Pacht noch ein gutes Geschäft zu machen hoffen. In beiden Fällen eine Illustration zu der „Not der Landwirtschaft", die Bände spricht! —

Der Ausschuß des **Bundes der Landwirte** hat dem Fürsten Bismarck 10000 Mark überwiesen für einen nationalen Zweck. Mit welchen scheelen Blicken mag der Fürst auf die 10000 Mark blicken. —

Erholungsurlaub. Der Leipziger Volkszeitung wird aus Berlin geschrieben: Durch eine kürzlich ergangene Verfügung der hiesigen Oberpostdirektion wird den etatmäßig angestellten Postunterbeamten in jedem Sommer ein siebentägiger Erholungsurlaub zugestanden. Bis jetzt wurde ein Urlaub zur Erholung nur in besonders dringenden Fällen erteilt. Also wieder einen Schritt vorwärts sind die Herren v. Stephan und Fischer getrieben, getrieben durch den von der Sozialdemokratie seit langem und besonders in der 67. Reichstagssitzung d. J. ausgeübten Druck. —

Ein **Lehrerbesoldungsgesetz** soll nach der Post in der laufenden Session nicht mehr eingebracht werden. Im Kultusministerium hatte man sich mit der Hoffnung getragen, das Gesetz noch jetzt vorzulegen. Der Post erscheint es zweifelhaft, ob es angesichts des Fortfalls der Zinsen der thesaurierten Einkommensteuerüberschüsse infolge des Minderertrages der Ergänzungssteuer überhaupt möglich sein wird, die Ordnung der Lehrerbesoldungen sachgemäß durchzuführen. Also warten wir — Lehrer noch ein weiteres Jährchen. Stehen Wahlen vor der Thür, werden schon wieder Versprechungen gemacht werden. —

Vorgesehen ist besser als nachgesehen. In ihrer letzten Plenarversammlung beschloß die Handelskammer in Mannheim, eine ständige Kommission zur Behandlung etwa neu auftauchender Tabaksteuerfragen, sowie aller das Tabakgewerbe berührenden sonstigen Fragen einzusetzen. —

An deutschen **Reichsmünzen** wurden ausgeprägt im Monat Mai für 5547420 Mark Doppelkronen und für 53760,26 Mark Einpfennigstücke. —

* * *

Oesterreich-Ungarn.

Bei den am Sonntag infolge des Versammlungsverbotes stattgehabten Wahlrechts-Demonstrationen wurden 19 Arbeiter verhaftet und 4 Polizisten verwundet. Das Massenaufgebot der Wache verhinderte Ansammlungen in der Stadt. —

Im Mai dieses Jahres wurden in Wien im Asyl für obdachlose Frauen und Kinder 1171 Frauen und 690 Kinder, im Männerasyl 5992 Männer und 29 Knaben, mithin in beiden Häusern (Landstraße, Blattgasse Nr. 4 und Nr. 6) zusammen 7882 Personen beherbergt und mit 15764 Portionen Suppe und Brot unentgeltlich beköstigt. — Der „Wonnemonat" Mai! —

Antisemitische Roheit.

Ein antisemitischer Exzeß hat kürzlich im Wiener Stadtteil Währing stattgefunden. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, wurde ein polnischer Jude im Kaftan zunächst von Kindern, Weibern und später von einer großen Menge gehöhnt und verfolgt, und als er in die Branntweinschänke seines Neffen eintrat, wurde das Haus mit Steinen bombardiert. Die Wachmannschaft verhütete mit großer Mühe weitere Ausschreitungen. —

Schweiz.

Der Nationalrat nahm mit 111 gegen 9 Stimmen einen neuen Verfassungsartikel an, welcher das Militärwesen fast vollständig centralisiert. —

Ueber die Herstellung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz wird der Frankfurter Zeitung zufolge seit einiger Zeit verhandelt. Wie verlautet, soll es sich noch diesen Monat entscheiden, ob noch etwas dabei herauskommt. —

Frankreich.

In der Kammer interpellierte Millerand die Regierung über die auswärtige Politik, besonders über die Intervention im japanisch-chinesischen Konflikt. Die Tribünen sind überfüllt. Die Debatte wird interessant verlaufen. —

Spanien.

Aus Madrid wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: Der höchste Gerichtshof entschied endgültig, daß Preßvergehen gegen die Armee vor die Civilgerichte, nicht vor die Militärgerichte gehören. —

Wie die Regierung sich die Majorität sicherte.

Nach den letzten Wahlberichten hat die Regierung gesiegt; ihre Kandidaten wurden mit großer Majorität gewählt. Die geradezu unglaublichsten Mittel sind angewendet worden, um die Kandidaten der Regierung durchzubringen. Daß eine Menge Leute gleichzeitig in verschiedenen Wahlbezirken Madrids abgestimmt haben, ist noch eine Kleinigkeit gegen andere Wunder, die sich ereigneten: Wähler, die sich augenblicklich in Kuba oder Marokko befinden, erschienen dennoch an der Urne und stimmten für die Regierung, ja sogar zahlreiche Tote erstanden aus ihren Gräbern, um die bösen Gegner der Regierung zu bekämpfen. Manchmal war die Täuschung doch zu plump. Ein Wähler, der ebenfalls für einen Toten abstimmte, erklärte, als der Betrug an den Tag kam, von dem Verstorbenen testamentarisch dazu beauftragt zu sein. —

Afrika.

Zwischen der britischen und französischen und belgischen Regierung schweben Verhandlungen, um ein großartiges Straßennetz in Afrika anzulegen, welches den Niger mit Ostafrika und Ostafrika wieder mit dem britischen Südafrika verbinden soll. Auch mit der deutschen Regierung müssen Verhandlungen angeknüpft werden. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Fürsorge der Behörden.

In welcher Weise die Eisenbahnverwaltung für das geistige Wohl ihrer Untergebenen zu sorgen sucht, erhellt aus folgendem Rundschreiben, das dem Halleschen Volksblatt zur Verfügung gestellt worden ist:

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt
J.-Nr. 20800 A I.

Nordhausen, den 4. Januar 1895.

An die sämtlichen Dienststellen
(je besonders).

Nach den infolge unserer Verfügung vom 18. Dezember 1894, J.-Nr. 20800 A erstatteten Berichten ist noch eine große Anzahl von Beamten und Arbeitern vorhanden, welche die Zeitschrift Die Eisenbahn noch nicht halten und lesen.

Die Zeitschrift wird zum Preise von monatlich 10 Pfg. herausgegeben. Zweck des Blattes ist neben Unterhaltung der Familien der Arbeiter und kleinen Beamten, auch Auskunft über die Wohlfahrtsbestrebungen der Verwaltungen zu geben und vom Standpunkt der kaiserlichen Sozialreform über die Fortschritte des staatlichen Arbeiterschutzes und aller arbeiterfreundlichen Einrichtungen zu berichten. Politische und konfessionelle Erörterungen sind völlig ausgeschlossen, wenn auch über die Tagesereignisse möglich ausführlich gesprochen werden wird, um hierdurch das Halten eines besonderen politischen Blattes überflüssig zu machen.

Die Absicht, welche in diesem Rundschreiben zum Ausdruck kommt, ist zu deutlich, als daß sie die Beamten und Arbeiter nicht merken sollten. Ob das Rundschreiben Erfolg haben wird, bezweifeln wir. Heutzutage besitzen

Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

87]

Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Historischer Roman
aus der Zeiten des deutschen Hansabundes
von A. Otto-Walster.

Jetzt fing Filliers Grauen an, das mehr und immer mehr wuchs, bis endlich, da der Bürgermeister mit Stolz und höchster Genugthuung auf ein Ungeheuer, genannt „die faule Mette", welches, wie der Bürgermeister versicherte, nicht weniger als 20250 Pfund reines Metall enthielt, wies, sein Unmut sich in unverblümten Worten Luft machte:

„Nehmt mir's nicht übel, Herr Bürgermeister, aber Euer ganzer Geschützkram ist keinen Pfifferling wert, und je größer diese Geschütze sind, je größer müssen die Esel gewesen sein, die sie gegossen haben oder gießen ließen. So ein ungeschlachtes Ding kostet zehnmal mehr Arbeit, es zu bewegen, und frißt zehnmal mehr Pulver, als ein rechtschaffenes Geschütz, ist aber kaum den zehnten Teil von dem wert, was ein ordentliches wert ist. Dabei ruiniert es jeden Wall und jede Bastion, auf die man es schafft. Das Schlimmste an ihm ist, daß man es nie verlieren kann, weil es kein Mensch nehmen mag, denn jeder Soldat, der es erobert haben sollte, wird sich ins Fäustchen lachen und sagen: Dich gönne ich jedem Feinde. Eure ganzen Geschütze teilen sich bloß in zwei Klassen, die einen sind so riesig groß in Kaliber und Mundstück, wie die Dummheit ihrer Verfertiger, und die andern wieder sind so lang, wie die Ohren der Geschützmeister, die sie bestellten. Das erste Notwendigste ist, daß Ihr Geschütze gießen laßt, die höchstens halb so lang, wie Eure langen und kaum ein Fünftel im Durchmesser der Rohre haben. Ich sage Euch, laßt gleich anfangen und laßt Tag und Nacht daran arbeiten, sonst drehen sie uns lange Nasen und blöken uns die Zunge entgegen. Ich hatte mich schon gewundert, wie man es so leicht wagen kann, eine Stadt, wie Braunschweig eine ist, anzugreifen, aber nun ich Braunschweigs Kanonen gesehen, ist mir alles erklärt."

„Ihr nehmt da einen sonderbaren Ton an, junger Mann oder vielmehr, Herr Stadtlieutenant," rief der Bürgermeister sehr verletzt und deshalb sehr unfreundlich. „Ist's jetzt Zeit zu Komplimenten?" fragte Fillier unbekümmert, „muß nicht alles gesagt werden, was zu sagen ist? Soll ich Eure Kanonen loben, damit Ihr Euch blamiert und — was mehr sagen will — die Stadt in ernstlicher Gefahr laßt? Was ich zu loben finde, will ich ja gern loben, wenn's Euch Freude macht, obwohl es sonst keinen Nutzen hat. Die Mauern sind gut ausgebaut, die Gräben mit Fleiß angelegt, die Wälle gut unterhalten. Ungeschickt sind die Türme und Bergfriede in den Landwehren. Auch die Einwohner sind ein schätzbares Material zur Verteidigung, kräftig von Körper und beseelt von gutem Geist, etwas langsam, aber nachhaltig. Die Kanonen und die Ausrüstung der Leute dagegen taugen den Teufel oder soviel, wie die Braunschweiger Justiz."

„Der Teufel noch einmal, Herr Fillier, in was mischt Ihr Euch," brauste der Bürgermeister auf, „Euer Urteil über unsere Justiz haben wir wohl noch nicht verlangt?!"

„Es ist wahr, der Vergleich fiel mir ganz unversehens auf die Zunge. Ich wollte nur noch bemerken, daß die Leute viel zu viel Eisen schleppen. Die armen Bürger haben mir ordentlich leid gethan, wie ich sie so schwitzen sah. Ich sehe die Eisenlast nicht gern bei Kriegsleuten von Beruf, obwohl die sich nach und nach daran gewöhnen; aber bei Leuten, die gewohnt sind in leichtem Anzug sich zu bewegen, ists von entschiedenem Nachteile. Diese Bürger sollten ja nicht in offener Feldschlacht kämpfen, ihre Panzer sind ihre Mauern, Bastionen und Wälle. Wenn sie Ausfälle unternehmen, müssen sie den Gegner überraschen, sich also blitzschnell bewegen; und wenns zum Rückzug geht, müssen sie laufen können, daß es eine Freude mit anzusehen ist. Wer schnell laufen kann, dringt kühner und zuversichtlicher vor; wie aber diese Leute schwer belastet sind, muß ich gewärtig sein, daß beim schnellen Laufen die Hälfte umpurzelt und nicht wieder aufstehen kann. Doch wollt Ihr mich nun die Befestigungen weiter sehen lassen?"

„Ich schätze an Euch," bemerkte der Bürgermeister im Weitergehen, „daß Ihr einen klaren und einen erfahrenen Blick habt, auch Eure Gewandheit ist zu loben, wenn Ihr nur etwas mehr Sinn für ein gesetztes und gesittetes Wesen hättet und nicht so verwegen in alles hineinstürmtet."

„Laßts nur gut sein, Herr Bürgermeister; wenn ich so in die Herzoglichen hineinstürmen werde, wirds Euch minder mißfallen. Es giebt schon Leute genug, die über die Maßen langsam, schwerfällig und bedächtig sind, da muß es auch wieder Leute geben, die etwas Feuer hineinbringen, dann gleicht sichs besser aus."

Vom Gieseler, der die „faule Mette" eher beschützte, als daß sie ihn beschützte, ging die Durchsicht der Befestigungswerke nach dem Hohenthore, dann weiter dem St. Petrithore zu, bis sie zwischen der Neustadt und dem Wendenthor auf ein burgartiges Gebäude von ganz origineller Beschaffenheit stieß. Dasselbe lag außerhalb des erstens Stadtgrabens und zwar auf einer Insel, zu der man mittels eines ledernen Kahnes gelangte. Unten hatte es zwei Thüren und drei Schießlöcher, während oben aus vier Schießlöchern ebensoviel Geschütze herausschauten, deren Beschaffenheit Fillier eher zufrieden stellte.

„Das ist die Bammelsburg," erklärte der Bürgermeister, „deren Geschütze die Gegend von Oelper bestreichen. Es ist dies ein sehr wichtiger Punkt, weil er unsere verwundbarste Stelle im Auge hat. Hier legen die Herzoglichen gern Dämme an, welche die Ocker nach der Stadt zurückstauen und dieselbe aus unserer besten Bundesgenossin zu unserer ärgsten Feindin verwandeln. Es ist schon geschehen, daß uns das Wasser zurückgeflossen ist und die ganze Stadt überschwemmt hat."

„Sehr richtig, und auf diesen Punkt müssen wir die äußerste Wachsamkeit verwenden, wenigstens so lange wir nicht im stande sind, mit genügenden Streitkräften den Herzoglichen im freien Felde die Spitze zu bieten. Das ist so ein Platz für einen ewig wachsamen Mann, wie mein Rother ist, und ihn werde ich hier als Burgvoigt einsetzen, wenn es Euch genehm ist."

„Benehmt Euch darüber mit dem Stadthauptmann, ich rede Euch da nichts hinein."

„Die andere Gegend kenne ich bereits," erklärte Fillier weiter, „und wenn es Euch nun angenehm ist, so können wir in die Stadt zurückkehren."

„Das wollen wir, und — eben fällt mirs ein — Eure Leute werden uns schon seit Stunden erwartet haben. Wo hatten wir sie doch hinbestellt?"

„Wir hatten wohl gar keinen bestimmten Platz angegeben."

(Fortsetzung folgt.)

die Arbeiter genug politische Selbständigkeit, um eine Fürsorge der Behörde abzulehnen. —

* Der internationale **Bergarbeiter-Kongreß** beschloß, die Verantwortlichkeit der Grubenbesitzer für alle Grubenunfälle solle gesetzlich festgestellt werden. Der Kongreß bestimmte als nächsten Kongreßort Lüttich, falls das Ausweisungsdekret der belgischen Regierung gegen Basly und Lamendin zurückgenommen werde, andernfalls London. —

* Die **Barbiergehilfen** der Reichshauptstadt fordern den Schluß der Barbierläden um 9 Uhr abends. Diese Forderung ist aber von den Barbierherren abgelehnt worden. Bei fortgesetzter Weigerung ist ein Barbierstreik nicht unmöglich. —

Der Sklavenkontrakt.

In Aarhus, der Hauptstadt von Jütland, ist zwischen den Fabrikanten und Arbeitern ein ernster Streit ausgebrochen. Sämtliche Fabrikanten der Maschinen- und Eisenindustrie, die in Jütland sehr bedeutend ist, haben ihre Arbeiter entlassen, weil diese eine unbedeutende Lohnerhöhung — eine Oere (3/4 Pfennig) per Stunde — verlangten. Als die Arbeiter dann vorschlugen, die Streitfrage einem aus 5 Fabrikanten und 5 Arbeitern bestehenden Schiedsgerichte vorzulegen, erklärten die Unternehmer, die Entscheidung eines solchen Schiedsgerichtes nicht anerkennen zu wollen, und sie entließen augenblicklich ihre Arbeiter. Diese sollen erst wieder angenommen werden, wenn sie einen Kontrakt unterschreiben, worin sie sich verpflichten, der sozialistischen Bewegung fern zu bleiben, keinem sozialistischen Vereine beizutreten und für keinen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Ferner bestimmt der Kontrakt, daß, wenn die Arbeiter eine Veränderung ihrer Verhältnisse wünschen oder irgend eine Klage vorbringen wollen, die Frage von einer nur aus Arbeitgebern bestehenden Kommission erledigt werden solle. Als Garantie dafür, daß die Arbeiter diesen Kontrakt nicht übertreten, wollen die Unternehmer 2 Prozent vom Wochenlohn der Arbeiter zurückhalten, und dieses Geld soll ihnen erst, wenn sie 55 Jahre alt sind, zurückbezahlt werden. Selbstverständlich hat kein einziger Arbeiter diesen „Sklavenkontrakt", wie die Arbeiter ihn mit Recht nennen, unterschrieben, und selbst die eifrigsten Rechtenblätter wagen auch nicht, das Auftreten der Fabrikanten zu billigen. Die hiesigen Sozialdemokraten haben sich mit ihren Kameraden in Jütland solidarisch erklärt. Andererseits scheinen die Fabrikanten im ganzen Lande ihre Kollegen in Aarhus unterstützen zu wollen, so daß der Streit einen bedenklichen Umfang annehmen dürfte. — Wer die letzte Versammlung im Luisenpark besucht und den Ausführungen des Referenten aufmerksam gefolgt ist, wird so manche Behauptung des Redners durch Vorstehendes bestätigt finden. —

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Landgericht.) Der Schmied Karl G. hier, geboren 1860, entwendete am 18. April d. J. auf dem Grusonwerk, wo er in Arbeit stand, ein 10 Pfund schweres Stück Schmiedeeisen, um sich einen Plättbolzen daraus anzufertigen. Der Angeklagte wurde wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. —

— In nicht öffentlicher Sitzung wurden wegen Kuppelei, unbefugter Ausübung der Schankwirtschaft und Beihilfe dazu verurteilt: 1. die verehelichte Arbeiter Wilhelm Fischer, Dorothee geb. Bergmeier, hier, geboren 1850, zu fünf Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe eventl. fünf Tagen Haft, 2. die unverehelichte Friederike Dahlke hier, geboren 1860, zu drei Tagen Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe eventl. zwei Tagen Haft. —

— Wegen schweren Diebstahls in vier Fällen und Hehlerei sind angeklagt: 1. der Arbeiter Otto B, geboren 1877; 2. der Arbeiter Louis B., geboren 1856; 3. dessen Ehefrau, Marie geborene H., geboren 1858, von hier. Otto B. erbrach in der Zeit vom Januar bis zum März d. J., zu vier Malen eine verschlossene Thür, die von der Wohnung seiner Großmutter aus, Krummeberg 3, in die Stube einer Hausgenossin führte und stahl Filzschuhwaren im Werte von etwa 20 Mk., von denen er einen Teil seinen Eltern überbrachte. Der Gerichtshof strafte Otto B mit 2 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft, die Eheleute B. mit je einer Woche Gefängnis. —

— Der Zimmermann Friedrich Blume zu Nedlitz, geboren 1865, wurde in der dortigen Feldmark seit dem Jahre 1891 öfter beim Wildern betroffen. Als er am 31. Januar d. J. — während der Schonzeit — von dem Jagdaufseher abgefaßt wurde und festgenommen werden sollte, legte Blume wiederholt sein Gewehr auf ihn an, um ihn von der Verfolgung abzuhalten. Der Gerichtshof erkannte wegen Jagdvergehens und versuchter Nötigung im Verein mit Bedrohung auf drei Monate Gefängnis.

— Der Arbeiter Karl P. zu Neustadt, geboren 1868, entwendete gemeinschaftlich mit einem heute nicht erschienenen Genossen von den zum Reinigen der Schrote gebrauchten Gerätschaften am 12. März d. J. in zwei Fällen zwei Bretter und zwei Strohsperrstangen, ferner am 13. März in der Nähe einer Ziegelei einen Birkenstamm und am 21. März von einer Abladestelle zwei Säcke mit Knochen. Der Angeklagte befindet sich wegen Diebstahls bereits im wiederholten Rückfalle. Der Gerichtshof billigte ihm mit Rücksicht auf den geringen Wert der gestohlenen Gegenstände mildernde Umstände zu und strafte ihn mit einem Jahr Gefängnis, sowie 3 Jahren Ehrverlust. —

— Der schon öfter bestrafte Bäckergeselle Paul St. hier; geboren 1876, bettelte am 2. Mai d. J. im Hause Augustastraße 6 und stieg dann im Hinterhause in der zweiten Etage durch ein offenes Küchenfenster in die Wohnung einer Witwe. Dort stahl er geständlich 1.50 Mk. und eine silberne Damenuhr nebst Kette, die er angeblich für 2 Mk. verkaufte. Den Angeklagten trafen 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, eine Woche Haft und 5 Jahre Ehrverlust. —

§ **München.** (Der gefoppte Bismarckverehrer.) Am Bismarcktage hatte ein hiesiger Hausbesitzer sein Haus überreich mit Flaggen geschmückt. Dies und der Tag des 1. April veranlaßte einen Freund, dem Hausbesitzer durch einen Livreebedienten mündlich die Mitteilung machen zu lassen, er werde nachmittag zum Minister gebeten, um eine Auszeichnung für seinen Bismarck-Enthusiasmus zu erhalten; die Kutsche des Ministers werde ihn abholen. Die Kutsche kam, der Hochbeglückte stieg schwarzbefrackt ein. Die Kutsche fuhr davon, und als sie wieder hielt und ihr Insasse voll Andacht und Erregung ausstieg, befand er sich vor dem Portal der — Kreisirrenanstalt. Der Gefoppte stellte Anklage, und das Schöffengericht verurteilte den Spaßvogel zu 50 Mark Geldstrafe. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 11. Juni 1895

— Der **Generalanzeiger** berichtet über die Volksversammlung im Luisenpark. Unserem Redner werden folgende Worte in den Mund gelegt: Die Sozialdemokraten . . . liebten ihr Vaterland sogar noch mehr, wie die bürgerliche Gesellschaft . . . Man solle die Sozialdemokraten mit Ausnahmegesetzen verschonen, dann seien diese ganz friedliche Menschen, die niemanden etwas zu leide thäten . . ." Wenn unser Redner einen derartigen Unsinn gesprochen hätte, er wäre ausgepfiffen worden und das — von Rechts wegen. Unsere Leser ersehen aus dieser Berichterstattung, daß der Generalanzeiger nur objektiv berichten kann, wenn die Sozialdemokraten gegen Antisemiten kämpfen; greifen aber die Sozialdemokraten die volksverdummende „Unparteilichkeit" an, dann grollt das unparteiische Völkchen. Und es ist auch gut so! (S.)

— **Der Verein zur Fürsorge für entlassene Gefangene zu Magdeburg** sagt in seinem 17. Jahresberichte: Der Verein hat sich unentwegt bemüht, entlassene Gefangene in feste Arbeit und geordnetes Leben zu bringen und dadurch vor Rückfall zu bewahren und beim Rückblick auf das vergangene Jahr befindet er sich in der Lage, dankbar bezeugen zu können, daß sein Bemühen nicht vergeblich gewesen ist. — Hiermit giebt also der Verein zu, daß nur die miserablen sozialen Verhältnisse an den sogenannten „Verbrechen" schuld sind, daß nur die heute vorhandene wahnsinnige Güterverteilung und Arbeitslosigkeit die „Verbrechen" erzeugen. Wenn es dem Verein ernstlich um die Linderung der Not resp. um die Bekämpfung der „Verbrechen" zu thun ist, dann muß er unsere Arbeiterbewegung und unsere Forderungen vertreten, die nur einzig und allein die Schandflecke des 19. Jahrhunderts beseitigen können. —

— **Auf die Wichtigkeit der Berufs- und Gewerbezählung**, welche am nächsten Freitag stattfinden soll, wird im Reichsanzeiger noch besonders aufmerksam gemacht. Von den drei Formularen, in welche vom Publikum Antworten eingetragen werden sollen: der Haushaltungsliste, der Landwirtschaftskarte und dem Gewerbebogen, wird das erstgenannte an sämtliche Haushaltungen und einzeln lebende Personen ausgegeben; die Landwirtschaftskarte ist in allen denjenigen Haushaltungen auszufüllen, welche eine Bodenfläche, groß oder klein, als Acker, Wiese oder Weide, zum Handels-Gewächsbau, als Nutzgarten, Weinberg, Forst bewirtschaften oder auch nur Kühe zu Zwecken der Milchwirtschaft — also eines der Landwirtschaft nahe verwandten Betriebes — halten. Der Gewerbebogen ist von allen Personen auszufüllen, deren Geschäft nicht von ihnen allein und ohne Elementarkraft ausgeübt wird, und für welche daher nicht schon aus der Haushaltungsliste für die Gewerbestatistik genügende Antworten zu entnehmen sind, und zwar sollen nicht nur die Leiter selbstständiger Geschäfte, sondern auch von Zweiggeschäften mit Gewerbebogen versehen werden. —

— **Der Unterricht an sämtlichen Schulen** fällt am Freitag aus, da an dem Tage die Lehrer bei der Gewerbezählung als Zähler fungieren. —

— **Ueber den geplanten Rhein-Elbe-Weser-Kanal** beriet am 4. Juni die hiesige Kaufmannschaft. Sie wurde sich dahin einig, daß die Landwirtschaft gemeinsam mit der Kaufmannschaft für den geplanten Kanalbau eintreten soll, da durch denselben Landwirtschaft, Handel und Industrie gefördert werde. —

— **Auch den Mitgliedern der St. Ulrichs-Gemeinde** wird große Freude widerfahren. Es wird diesen ein Kirchensteuerzettel zugehen, den sie gütigst zu bezahlen haben. Von den Gemeindekörperschaften sind zur Deckung der Beiträge zu den Synodalkosten, sowie zum Pensionsfonds und zur Witwen- und Waisenkasse der evangelischen Landeskirche 2 1/2 % der Staatseinkommensteuer zu zahlen — bei Freilassung des Einkommens bis 1050 Mark. —

— **Ein Defizit** hat der letzthin stattgefundene Pferdemarkt gemacht, während die Pferdelotterie einen mäßigen Ueberschuß aufzuweisen hat. Das Risiko hat der Magdeburger Verein für Landwirtschaft und landwirtschaftliches Maschinenwesen zu tragen. —

— **Der Saat- und Produktenmarkt**, welcher seit 11 Jahren besteht und alljährlich anfangs September stattfand, soll nach einem Beschluß des landwirtschaftlichen Vereins in diesem Jahre nicht stattfinden, da die Landwirte und Händler gegen diesen sind. —

— **Herr Rektor Ostwald** ist zum Leiter der neuen Bürgerschule in Wilhelmstadt gewählt worden. Mit der Eröffnung der Schule, am 1. Oktober, tritt er sein neues Amt an. —

— **Der russische Recordfahrer Trojansky** wird heute hier erwartet. Er befindet sich auf seiner Recordfahrt von Petersburg nach Paris und soll heute Magdeburg berühren. —

— **Das Volksbad** benutzten in der Woche vom 3. bis 9. Juni 1609 Männer und 438 Frauen. Insgesamt wurden 2047 Bäder und 661 Handtücher verabreicht. —

— **Ein großer Diebstahl** ist am 13. Mai entweder auf dem hiesigen Hauptbahnhofe oder auf der Fahrt von Magdeburg nach Aschersleben über Schönebeck-Staßfurt-Güsten oder auf dem Bahnhof in Aschersleben ausgeführt worden. Die Diebe haben durch Zerschneiden der Plomben zwei Güterwagen erbrochen und dann folgende Gegenstände gestohlen: a. 2 Kisten Sultaninnen, 20 3/4 kg schwer; b. 1 Kiste baumwollene Waren, 20 kg schwer; c. 1 Ballen baumwollene Waren, 33 kg schwer; d. 1 Kiste Nadeln, 16 kg schwer; e. 2 Kisten Zuckerwaren, 25 und 17 1/2 kg schwer. Die unter b. aufgeführte Kiste enthielt: 1/6 Dutzend 115 cm Velonstücher, Alice; 1/4 Dutzend 115 cm Velonstücher, Gloria; 1 Stück Schirting 3; 1 Stück 6/4 Schirting P. Der unter c. aufgeführte Ballen enthielt: 3 Dutzend halbleinene Frauenhemden H. C. 0/B. 2 Dutzend 50 cm imitierte Tücher, 1 Dutzend 48 cm weiße Tücher, m K + e, 1 Dutzend 48 cm weiße Tücher B 55 i C m K + e 65⁵ m 42 cm Handtuch H. O., 36 m Nouveauts-Barchent W. H., 1/2 Dutzend Schürzen, Meta. Der Erste Staatsanwalt ersucht jeden, der über die Persönlichkeiten der Diebe oder den Verbleib der gestohlenen Gegenstände Auskunft geben kann, ihm unverzüglich zu den hiesigen Akten III. J. 448/95 Mitteilung zu machen. Die kgl. Eisenbahndirektion zu Magdeburg hat für die Ermittelung der Diebe eine Belohnung von 50 Mk. ausgesetzt. —

— **Unfall.** In der Braunschweigerstraße fiel der fünfjährige Knabe Franz W. von dem Wagen eines Bäckermeisters aus Ottersleben und erlitt einen Bruch der beiden Oberschenkel. Das bedauernswerte Kind wurde in das städtische Krankenhaus gebracht. —

— **Ueberfahren.** Bei der Haltestelle „Wilhelma" fiel der Maschinenmeister Heinrich H. unter einen Pferdebahnwagen, wobei ihm der linke Arm überfahren wurde. H. erlitt einen komplizierten Armbruch und mußte in die städtische Krankenanstalt gebracht werden. —

— **Ein sehr beklagenswertes Unglück** ist Montag früh hier passiert. In Abwesenheit der Eltern hat ein Knabe das Bett angezündet, in dem sein zweijähriges Schwesterchen lag. Das arme Kind erlitt erhebliche Brandwunden und verstarb im Krankenhause. —

— **Postalisches.** Am 10. Juni d. Js. ist in Vieritz bei Neuenklitsche in Vereinigung mit der daselbst bestehenden Posthilfstelle eine Telegraphenbetriebsstelle mit Fernsprechbetrieb zur Eröffnung gelangt. —

— **Zur Thätigkeit der Feuerwehr.** Am Montag Abend gegen 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr mündlich alarmiert. Auf dem Grundstück Kaiserstraße 96 sollte der Blitz eingeschlagen haben. Ein Kommando der Feuerwehr rückte nach dort, stellte jedoch nur eine Rauchansammlung fest. — Am Dienstag morgen kurz vor 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation Bahnhofstraße aus alarmiert. Der erste Zug der Hauptwache nebst Maschinenleiter rückte nach dort. Auf dem Grundstück Bahnhofstraße 29 im Hospiz des evangelischen Vereinshauses waren in mehreren Logierzimmern Betten in Brand geraten. Durch Vornahme einer Schlauchlinie vom Hydranten aus beseitigte die Feuerwehr in kurzer Zeit weitere Gefahr. Man vermutet, das Brandstiftung vorliegt, da bereits gestern morgen ebenfalls ein Bett in einem Zimmer gebrannt hat. — Am Dienstag mittag kurz nach 12 1/4 Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation Bahnhofstraße abermals alarmiert. Es brannte nun bereits zum dritten Male (und zwar wieder zwei Betten in verschiedenen Zimmern) im Hospiz Bahnhofstraße 29. Vermittelst der kleinen Handspritze beseitigte die Feuerwehr weitere Gefahr. —

* * *

Aus dem Wahlkreise Ahlwardts.

Auf dem Begräbnisplatz der jüdischen Gemeinde zu Arnswalde sind nach dem Berliner Tageblatt in der Nacht zum zweiten Pfingsttage 30 eiserne Grabdenkmäler aus der Erde gerissen, umgeworfen und teilweise zerstört worden. Von den Gräbern ferner sind die Blumen und Ziergewächse mit rohem Vandalismus abgerissen worden. Die Thäter sind noch nicht ermittelt. —

Baden. (Mit dem Revolver gespielt.) Mit einem Revolver spielte in Endingen in Baden ein Aktuar, ein Schuß ging los und verletzte einen 5 Jahre alten Knaben tötlich. Der Aktuar wurde verhaftet, nachdem er auf seinem Velociped zu entrinnen versucht hatte. —

Hamburg. (Frauenmord.) In einem Garten an der Außenalster wurde am Ufer im Schilfe ein Kahn aufgefunden, in dem sich die Leiche eines offenbar ermordeten Mädchens von etwa 25 Jahren befand. —

Mannheim. (Erhängt.) Der unter dem Verdacht der Unterschlagung verhaftete Verwalter der städtischen Abfuhranstalt Sauer erhängte sich im Untersuchungsgefängnis. —

Oberschlesien. (Furchtbares Grubenunglück.) Nach Privatmeldungen entstand in Antonienhütte auf der dem Grafen Henckel von Donnersmarck gehörigen Grube Gottessegen ein Grubenbrand, nachdem vorher 600 Mann der Belegschaft in jene Grube eingefahren waren. Bis jetzt hat man nur 40 Mann, und zwar in völlig bewußtlosem Zustande, zu Tage fördern können. —

Thorn. (Leichtsinniges Umgehen mit einem Artilleriegeschoß.) Auf dem Artillerieschießplatz fand der Arbeiter Thober aus Podogorz eine Granate. Zu Hause zerklopfte er den Mantel. Hierbei explodierte das Geschoß und verletzte drei Personen schwer. Dem Arbeiter Thober wurde die linke Hand abgerissen und die rechte verstümmelt. —

* * *

Budapest. (Verhaftet.) Der Bankier Emanuel Kanitz, einst Kassierer Rothschilds in Wien, der wegen Unterschleife 7 Jahre Kerker verbüßte, ist heute wegen Unterschlagung anvertrauter Depots in Höhe von 100000 Gulden verhaftet worden. —

Laibach. (Erderschütterung.) Ein starker Erdstoß, welcher vier Sekunden dauerte, setzte die Bevölkerung wiederum in Bewegung. Es entstand eine allgemeine Panik; die Bevölkerung verließ die Häuser, die Fabrikarbeiter stellten die Arbeit ein, der Schulunterricht wurde unterbrochen. Leichte Beschädigungen an verschiedenen Gebäuden wurden konstatiert. —

Taurroggen. (Gerüsteinsturz.) Bei der Renovation der russischen Kirche stürzte ein 20 Meter hohes Baugerüst ein, während zwei Klempnermeister und zwei Gesellen auf demselben arbeiteten. Ein Geselle schwang sich in ein Fenster der Kirche und rettete sich ins Innere, die anderen drei fielen aufs Straßenpflaster. Die beiden Meister waren sofort tot. Der Geselle wurde furchtbar verstümmelt. —

Wien. (Unwetter) Blättermeldungen aus Oedenburg zufolge sind durch den letzten Hagelschlag viele Menschen umgekommen. 18 Leichen wurden aus dem Wasser gezogen; 16 Häuser sind eingestürzt. Die Anzahl der Verunglückten wird auf 32 angegeben. —

Militärische Nachrichten.

Sozialdemokratische und anarchistische Rekruten.

Dem Hauptorgan der schwäbischen Demokratie, dem Beobachter, geht aus einem reinen Centrumswahlkreis der Wortlaut eines weiteren Erlasses zur Auskundschaftung der politischen Gesinnung der Rekruten zu, der im wesentlichen mit dem bereits veröffentlichten übereinstimmt. Es heißt in demselben:

Geheim.

Schultheißenamt

. . . . . .

wird beauftragt, in ganz vertraulicher Weise zu erheben und zu berichten, ob unter den zur heutigen Aushebung für den Militärdienst kommenden Mannschaften solche sich befinden, von welchen nach ihrer Haltung als zweifellos erwiesen anzunehmen ist, daß sie der Sozialdemokratie angehören.

Unter diesen sind diejenigen besonders hervorzuheben, welche eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei einnehmen oder als besonders zielbewußte Vertreter der sozialdemokratischen Partei bekannt sind.

Außerdem sind diejenigen Mannschaften zu bezeichnen, welche als Anarchisten gelten und zwar auch solche, welche nur als passive Anhänger der anarchistischen Partei bekannt sind.

. . . . . ., den . . . Mai 1895.

K. Oberamt.

R. Bei den heurigen Rekruten ist die oben gestellte Frage durchaus zu verneinen.

Hochachtungsvoll

. . . . . ., den . . . 1895.

Schultheißenamt.

Der Beobachter glaubt, durch die Veröffentlichung auch dieses Erlasses den Beweis erbracht zu haben, daß diese „schwarzen Listen" durchs ganze Land gehen und daß es nicht im Belieben oder in der Sozialistenfurcht eines einzelnen Oberamtmanns gelegen ist, wenn diese Fahndungslisten an die Schultheißenämter selbst in vollständig ländlichen Gemeinden erlassen werden, in denen noch niemals eine sozialdemokratische Stimme abgegeben worden ist. Wie unsere Leser wissen, handelt es sich hierbei um eine für sämtliche Bundesstaaten angeordnete Maßregel. —

Frankfurt a. M. (Ein Deserteur verhaftet.) Ein Pionier Heß von der 3. Kompanie des Kasteler Bataillons, der zu Pfingsten desertiert ist, wurde Sonntag nachmittag im Hauptbahnhofe von seinem Feldwebel verhaftet. —

Passau. (Typhus-Epidemie in der Kaserne.) Die plötzlich ausgebrochene Typhus-Epidemie im hiesigen Infanterie-Regiment hat die Militärbehörden in große Aufregung gesetzt. Es wird eifrig nach der Ursache geforscht, man ist aber bis jetzt nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen. Augenscheinlich sieht man aber auch in militärischen Kreisen die Konserven mit großem Verdacht an, und zwar gerade die einer ganz bestimmten Provenienz. Es werden auch nach anderer als nach hygienischer Richtung Nachforschungen angestellt. Der Um-

stand, daß hier, wie seiner Zeit in München und eben jetzt in Erlangen gerade in den Kasernen Typhus-Epidemien entstehen, ohne daß die Civilbevölkerung davon berührt wird, weist deutlich darauf hin, daß militärische Besonderheiten die Ursache sind, seien sie in der Lebensweise, in den Lebensmitteln oder in mangelhafter Hygieine überhaupt zu suchen. Wir kommen in nächster Nummer auf die Beköstigung der Soldaten zurück. —

Würzburg. (Eine teuer bezahlte Ohrfeige.) Am 22. Februar ging der Gemeine Seipel vom 9. Infanterie-Regiment in Würzburg in die Kaserne. Seipel fand das Thor geschlossen. Nachdem es geöffnet, unterließ Seipel, das Thor wieder anzulehnen. Der Posten stellte Seipel hierüber zur Rede. Das verdroß Seipel, welcher dem Posten eine Ohrfeige versetzte. Für diesen thätlichen Angriff erhielt Seipel — — drei Jahre Gefängnis. —

Parlamentarische Nachrichten.

Mandatsmüde.

Abg. Roesicke, der Vertreter des 1. anhaltischen Reichstagswahlkreises, soll nach einer Meldung des Vorwärts die Absicht haben, demnächst sein Reichstagsmandat niederzulegen. —

Wie aus Oels bestimmt verlautet, will **Herr v. Kardorff** nicht den weiteren Verlauf der Untersuchung in der Angelegenheit, betreffend den Protest gegen die Gültigkeit seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten, abwarten, sondern schon jetzt sein Mandat freiwillig niederlegen. Das wäre recht vernünftig gehandelt. —

Partei-Nachrichten.

Reichstags-Kandidatur. Als sozialdemokratischer Kandidat für die Reichstags-Ersatzwahl in Dortmund ist entgegen früheren Mitteilungen nun doch der Redakteur der dortigen Arbeiterzeitung Dr. Lütgenau aufgestellt worden. —

Unser Parteigenosse Abgeordn. **Zubeil** ist von einem schweren Mißgeschick betroffen worden. Bereits einige Tage vor Pfingsten stellten sich bei ihm Krankheitserscheinungen ein, die von den Aerzten als Blinddarmentzündung diagnostiziert wurden. Das Leiden nahm derart zu, daß unser braver Genosse gestern in eine Heilanstalt gebracht werden mußte. Die Parteigenossenschaft wird mit uns den Wunsch hegen, daß Zubeil dort die gesuchte Heilung finden und bald wieder völlig zum Kampfe für die Sache des Proletariats, der er mit Eifer und Treue gedient, gerüstet sein möge. — Nach der Freisinnigen Zeitung ist Zubeil **gestorben.** Diese Nachricht ist falsch. —

Parteigenossen aufgepaßt! Der Spitzel Westermann, bekannt aus dem Elberfelder Prozeß, hält sich gegenwärtig in Dresden auf und beabsichtigt später die Provinz Sachsen zu bereisen. Die Genossen mögen auf der Wacht sein! —

Die gestörte Leichenfeier. In Erfurt wurde Genosse J. Heßler unter Beteiligung von etwa 1000 Personen beerdigt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Reißhaus wollte einen Kranz auf den Sarg niederlegen. Kaum hatte er jedoch die Worte gesagt: Im Namen —, da trat ein anwesender Gendarm an ihn heran und suchte ihm den Kranz zu entreißen. Der gleiche Vorgang wiederholte sich beim Niederlegen des Kranzes des sozialdemokratischen Vereins. Daß solche Scenen bei einer Leichenfeier einen höchst peinlichen Eindruck machen, ist selbstverständlich, ebenso, daß dadurch der Sozialdemokratie kein Abbruch geschieht. —

* * *

Bestrafungen, Verfolgungen ꝛc.

Die Festrede verboten. Das Bezirksamt Nürnberg verbot wegen der Teilnahme von Frauen an dem auf nächsten Sonntag in Fürth anberaumten Gewerkschaftsfest die Festrede des Arbeitersekretärs Segitz, sowie sonstige Ansprachen. Nur weiter so! —

Haussuchung. In den Redaktionsräumen des Beobachter (Chemnitz) wurde nach dem Manuskripte zu einem in einer früheren Nummer des Beobachter erschienenen Artikels gesucht. Gefunden wurde — nichts! —

Aufgelöst worden ist der Volksbildungs-Verein in Oberlungwitz. —

Neueste Nachrichten.

Aachen. Die Nachricht von der Abreise des Bruders Heinrich von dem Alexianerkloster Mariaberg ist unbegründet. —

Neisse. Abg. v. Kardorff hat nunmehr der Neisser Zeitung zufolge sein Reichstagsmandat niedergelegt. —

* * *

Budapest. Der Streik der Postbediensteten ist beendet. Die Streikenden haben den Dienst wieder aufgenommen, nachdem ihnen seitens des Handelsministeriums Erhöhungen des Quartiergeldes, bessere Behandlung, sowie Gehaltsaufbesserung zugesichert worden waren. Den Postbediensteten ein kräftiges Hoch! —

Rom. Das italienische Parlament ist gestern zum erstenmale zusammengetreten. Unter den herkömmlichen Förmlichkeiten begann die Session; der König verlas die farblose Thronrede, und dann ging das Parlament auseinander. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen ꝛc.

Den Gesangvereinen „Einigkeit" in Magdeburg und Buckau ist es gelungen, das Berliner Volksbühnen-Ensemble für eine am 16. im „Luisen-Park" stattfindende Vorstellung zu gewinnen. Zur Aufführung gelangt „Maria Magdalene", ein bürgerliches Trauerspiel in 3 Akten von F. Hebbel. Somit wird die freie Volksbühne zwei Gastvorstellungen geben, die erste auf Veranlassung des Sudenburger Arbeitergesangvereins, die letztere auf die oben genannter Vereine. Am 15. ds. Mts. gelangt, wie bekannt, „Nora" zur Aufführung. Das Berliner Volksbühnen-Ensemble besteht aus Künstlern erster Bühnen. In der Darstellung der „Nora" von Henrik Ibsen wird die Titelrolle dargestellt von Frl. Clara Drucker (Lessingtheater). Außer dieser Dame wirken mit: Hermine Fanto (Lessingtheater), Claudius Merten (Lessingtheater), Julius Wessels (Deutsches Theater) sowie Schmidt-Haßler (Deutsches Theater in München). In der „Maria Magdalena", die am Sonntag, den 16. Juni zur Darstellung kommt, wirken außer den genannten Künstlern noch mit: Wilhelm Insel (Stadttheater Rostock), Oscar Wagner (Berl. Theater.) — Zu beiden Vorstellungen werden Karten ausgegeben, die zum Eintritt berechtigen. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß kleinere Kinder, die die Ruhe nicht wahren können, der Zutritt nicht gestattet wird, da die Vorstellungen von Störungen verschont werden müssen. —

Die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs beschlossen in der am Montag abend stattgefundenen Versammlung, die Forderung, betr. die Errichtung von Betriebswerkstätten, zu der ihrigen zu machen. In der Versammlung waren auch Innungsmeister, welche sich ebenfalls mit der Errichtung von Werkstätten einverstanden erklärten. Es wurde eine siebengliedrige Kommission gewählt, welche die Bewegung in Fluß zu bringen hat. (Ausführlicher Bericht folgt.) —

Verein der Handelshilfsarbeiter. Da unsere Versammlung am Sonnabend zu Gunsten der Volksversammlung ausfallen mußte, findet dieselbe nunmehr bestimmt Mittwoch, den 12. Juni, abends 9 Uhr im „Bürgerhause" statt. Gäste sind willkommen. —

Freie Turner Sudenburg. Vereinsversammlung am Sonnabend, den 15. Juni, 8 Uhr abends in der „Zerbster Bierhalle." Aufnahme neuer Mitglieder. — Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in der „Zerbster Bierhalle". —

Die Mitglieder des **Naturheilvereins Buckau** unternehmen am Sonntag, den 16. d. M., morgens 7 Uhr einen Ausflug nach der Kreuzhorst, Abmarsch vom alten Deutschen. Bei ungünstiger Witterung wird derselbe am 23. d. M. unternommen. Die gewöhnliche Versammlung findet am Dienstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr im Thalia-Saal statt. —

Briefkasten.

St., Mgd. Aus ihrem Briefe ist nicht zur Genüge der Sachverhalt ersichtlich. Wir wissen nicht, was der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage Veranlassung gab, was Ihre Schwester angegeben, ob Ihre Frau nur das von Ihnen Angeführte gesagt hat usw. Ihre zum Schluß gestellte Frage können wir somit nicht beantworten. Der Sinn des von Ihnen zitierten Paragraphen ist klar genug. —

* **D. Sch.** Sie haben keinen Fehler gemacht. —

Herr K. Nur ruhig Blut! Nachdem Sie die freche Behauptung aufgestellt: in der Volksstimme inserierten nur „Schwindler", die Volksstimme würde auch noch mit „klingender Münze" unterstützt von Juden, wundern Sie sich über die Hiebe, die Sie von uns erhalten. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	Moldau.	Eger.	Iser.	Elbe.	Fall	Wuchs
Budweis	8. Juni	+ 0.24	9. Juni + 0.26		—	0.02
Prag	„	+ 1.22	„	+ 1.14	0.08	—
Jungbunzlau	„	+ 0.10	„	—	—	—
Laun	„	+ 0.67	„	—	—	—
Pardubitz	„	+ 0.10	„	+ 0.05	0.05	—
Brandeis	„	+ 0.50	„	—	—	—
Melnick	„	+ 0.84	„	+ 0.78	0.06	—
Leitmeritz	„	+ 0.67	„	+ 0 64	0.03	—
Außig	„	+ 1.18	„	+ 1.08	0.10	—
Dresden	9. Juni	— 0.18	10. Juni	— 0.23	0.05	—
Torgau	„	+ 2 00	„	+ 1.95	0.05	—
Wittenberg	„	+ 2 52	„	+ 2.52	—	—
Roßlau	„	+ 2.04	„	+ 2.02	0.02	—
Barby	„	+ 2.48	„	+ 2.41	0.07	—
Magdeburg	„	+ 2.00	„	+ 1.96	0 04	—
Tangermünde	„	+ 2.79	„	+ 2.78	0.01	—
Wittenberge	„	+ 2 56	„	+ 2.56	—	—
Dömitz, Pegel	„	+ 2 07	„	+ 2.02	0.05	—
Lauenburg	„	+ 2.18	„	+ 2.10	0 08	—

Soeben erschienen:

Umsturz und Sozialdemokratie. Heft 5.

Zweite Beratung der Umsturz-Vorlage nach dem stenographischen Bericht.

Preis 10 Pfennig.

Zugleich machen wir hiermit bekannt, daß die Hefte 1 und 2 zum Preise von à 15 Pfg., sowie Heft 3 und 4 à 10 Pfg. ebenfalls noch am Lager sind.

Die Buchhandlung der Volksstimme.

Ein verlorener Sohn! Lebensbild in 1 Akt von Fr. Grundmann. Preis 50 Pf. Porto 3 Pf. 6 Bücher (für alle Mitwirkenden) mit Porto 1 60 M. Soeben erschienen!

Neuheiten!

Couplets. Porto pro Nummer 5 Pf.
Ach, ist das eine gottlose Zeit! . . M. 0.75
Die zehn Gebote . . . . . M. 0.75
Der Fortschritt unserer Zeit . . M. 0.75
O, Aegir, Herr der Fluten . . M. 0.60
Jungen, laß dich nicht erwischen M. 0.75

Duetts.
Die soziale Frage . . . . . M. 0.80
Junge und kein Junge . . . M. 1.25

Lieder.
Die rote Fahne . . . . . M. 0.75
Ihr Frauen, aufgewacht! . . . M. 0.75
Maifeld . . . . . M. 0.75

A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27
Kraustraße 38a, Laden.
Briefmarken aller Länder werden in Zahlung genommen.

Wieder freigegeben:

Die elektrotechnische Versuchsstation zu Magdeburg-Sudenburg
ihre Leitung und ihr Geschäftsbetrieb.
Dargestellt von Dr. H. Lux.
Preis 50 Pfennig.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volksstimme, Schriftchenstraße Nr. 5,6 sowie durch alle Kolporteure.

Für Wiederverkäufer!
Cigarrenspitzen } in allen Holzarten, Meerschaum, Bernstein,
Cigarettenspitzen }
Holzpfeifen jeder Art, lange, halblange und kurze Pfeifen, sowie alle anderen Rauchergegenstände liefert billigst
Gustav Klein jr.,
70 Heilbronn a. N.

Neustr. 17 Buckau Neustr. 17.
Gr. Posten Bettstellen m. Matratzen, Kinder-, Polster- und Nußbaum-Möbel in großer Auswahl billig zu verkaufen
851 Herm. Schulz, Tischlerei.

Größte u. billigste Bezugsquelle
für neue und gebrauchte Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe. Eine reichhaltige Stückgarnitur nunmehr billig zu verkaufen. Magdeb. Kleiderhalle, Gr. Schwermannschr. 10b. L. Meurer.

Verheiratete und Unverheiratete 988
kaufen ihren Bedarf an Möbeln zu außergewöhnlichen, billigen Preisen nur
Breiteweg 89|90.
Dunkle Bettstellen m. Matratzen, 40 und 45 Federn, zu 28 und 30 M., Divan von 28 M. an, dunkle Kleiderschränke von 26 M. an, mehrtürige elegante Kleiderschränke und Vertikows von 48 M. an, Küchenschränke von 20 M. an, Ausziehtische mit starkem Zuhaltesatz 18 M., sowie Spiegel, Tisch, Stühle zu außergewöhnlichen, billigen Preisen nur
Breiteweg 89|90,
direkte Haltestelle der Pferdebahn.

Suche zum sofortigen Antritt einen tüchtigen, durchaus selbständigen, auch technisch gebildeten
Monteur 233
zum Aufstellen von Dreh- und Hobelmaschinen, es muß derselbe auch in der Werkstatt arbeiten. Schriftliche und Gehaltsansprüche erbeten.
Ing. Wagner, Kochstedterstr., Salzwedel

Quittung.
Für Parteizwecke gingen ein: Von einem Unter 30 ₰.
Der Vertrauensmann.

Homöopathie!
Visser, homöopath. Praktikant,
Magdeburg, Jakobsstr. 3
(früher lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzte Dr. Volbeding, Düsseldorf).

Standesamt.

Magdeburg, den 10. Juni.

Aufgebote: Militär-Intend.-Assessor Hans Emanuel Walter Koch in Stettin mit Karoline Friederike Bertha Weigel in Rostock. Bäckermeister Friedrich Wilhelm Christ. Pflugmacher in Neustadt mit Wittwe Anna Luise Auguste Delitzsch, geb. Dieckmann, in Cracau. Oberlehrer Arthur Richard Kirsten in Rawitsch mit Johanne Elise Christine Riegel in Schönebeck. Kutscher Ferdinand Oehme hier mit Ida Rathmann in Halberstadt.

Eheschließung: Schmied Heinrich Lüddemann mit Emilie Ahrnhold hier.

Geburten: Frieda, T. des Postschaffners Max Scheller. Anna, T. des Arbeiters Karl Fister. Paul, S. des Postschaffners Karl Lehmann. Frieda, T. des Postsekretärs Wilhelm Stoerkel.

Todesfälle: Dorothee, geb. Dahl, Witwe des Böttchers Matthias Killmey, 73 J. 6 M. 7 T. Stephan Winrich, Arbeiter, 47 J. 5 M. 14 T. Richard, S. des Arbeiters Albert Oelkers, 1 J. 11 M. 29 T. Anna, geb. Faul, Ehefrau des Schuhmachers Heinrich Hepp, 40 J. 3 M. 19 T. Antonie, T. des verstorb. Böttchermeisters Andreas Lindemann, 7 J. 9 M. 18 T. Minna, geb. Biermann, Ehefrau des Telegraphen-Assistenten Friedrich Lange, 30 J. 3 M. 14 T. Magdalene, geb. Thiel, Witwe des Schuhmacherm. Karl Göhlert, 71 J. 11 M. 3 T. Friederike, geb. Bornemann, Ehefrau des Invaliden Heinr. Blem, 37 J. 2 M. 15 T. Arthur, S. des Kaufmanns Leonor Cohn, 8 M. 3 T. Antonie, unehel., 11 M. 13 T. Margarete, unehel., 7 M. 15 T.

Sudenburg, den 10. Juni 1895.

Aufgebot: Arbeiter Alfred Müller mit Anna Charlotte Luise Ulrich hier.

Geburten: Otto, S. des Schlossers Oskar Winkler. Klara, T. des Posthilfsboten Heinrich Gebhardt. Erna, T. des Arbeiters Stanislaus Würtz. Otto, S. des Arbeiters Hermann Kaiser. Willy, S. des Schlossers Wilh. Haake. Margarete, T. des Arbeiters Hermann Seipelt.

Todesfälle: Otto, S. des Arbeiters August Gerike, 1 J. 4 M. 25 T. Friederike geb. Jungmann, Witwe des Kupferschmieds August Scheidt, 75 J. 4 M. 10 T. Karl Hundt, Handlungskommis, 20 J. 7 M. 13 T. Hedwig, T. des Arbeiters Andr. Bohnsedt, 7 M. 1 T. Hedwig, T. des Arbeiters Martin Fischbach, 7 J. 10 M. 23 T. Richard, S. des Arb. Wilh. Henschke, 1 M. 6 T.

Buckau, den 10. Juni 1895.

Geburten: Johannes, S. des Arb. Gustav Templin. Unben. S. des Schuhmachermeisters Joh. Klimek. Marianne, T. des Mechanikers Otto Bohne (geb. 19. November 1888). Elisabeth, T. des gepr. Lokomotivheizers Heinrich Maing. Reinhold, S. des Arb. Reinh. Ehebrecht.

Todesfälle: Unben. S. des Schuhmachermeisters Joh. Klimek, 1 T. Martha, T. des Monteurs Karl Zimmermann, 5 M. 16 T. Julie geb. Haarmann, Ehefrau des Privatiers Wilhelm Gerhardt aus Dortmund, 50 J. 10 M. 8 T. Bertha Eicke, unverehelicht, Schneiderin, 24 J. 11 M. 12 T.

Neustadt, den 10. Juni 1895.

Eheschließungen: Gelbgießer Herm. Schlemmert mit Anna Bensch. Kaufmann Franz Barger mit Elsa Kobert. Schuhm. Andreas Ostermann mit Wwe. Oelze, Anna geb. Pflugmacher.

Geburten: Erika, T. des Brauereidirektors Karl Menke. Martha, T. des Klempnermeisters Friedrich Wellborn. Ernst, S. des Schlossers Robert Lange. Ilse, T. des Arb. Hermann Kleinau. Anna, T. des Weißgerbers Hermann Teich.

Todesfälle: Arbeiter August Lange, 59 J. 4 M. 17 T. Charlotte, T. des Zimmermanns Otto Hoffmann, 3 M. Johann, S. des verstorb. Arbeiters Johann Wolter, 1 M. 20 T. Ehefrau des Arb. Wilhelm Kaiser, Luise geb. Hohmann, 32 J. 4 M. 8 T. Elisabeth, unehelich, 6 M. 5 T.

Volksküche.

Mittwoch: Weißkohl mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnensuppe mit Hammelfleisch.
Freitag: Kartoffelsalat mit Bratwurstklößen. Nebengericht Graupen mit Pflaumen.
Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

Hierzu als Beilage Der Landbote.

der Bedürfnislosigkeit nach hier gekommen, haben sie gelernt, was „Mensch sein“ heißt und daß die Erde noch viele Güter hervorbringt, die noch mehr und besser als Speck und Schnaps das Leben angenehmer gestalten. Das Ansinnen, welches die Junker und Zuckerbarone an diese Arbeitsbienen stellen, ist oft unerhört. So sollten resp. mußten nach hier zum Rübenbau „transportierte“ menschliche Arbeitsmaschinen bei einem Tagelohn von 1,50—1,75 Mark sich selbst beköstigen. Ihr Nachtlager war in einer großen offenen Scheune, wo auch die Kinder der verheirateten Leute untergebracht wurden. Dieses Nachtlager rief viele Krankheiten hervor. Das war den 150 Sachsengängern denn doch zuviel, sie zogen vor, sich wieder ihrer Heimat zuzuwenden. In sehr erbarmungsvollem Zustande zogen sie heim. —

D. **Schönebeck.** (Wie der Diener der Kirche handeln soll.) Vor einiger Zeit hatte ein Pfarrer namens Kock seinen heimischen Grundbesitzern eine Strafrede gehalten und auf die Klassengegensätze hingewiesen. Die Behandlung der Landarbeiter stellte er in Gegensatz der Lebensweise der Junker und schilderte einen Fall. Wenn Arbeiter oder Arbeiterinnen krank werden, hat die Herrschaft (der Pfarrer bezeichnete eine solche mit Namen) nur die Worte, es werde schon besser werden, wenn aber die Baronin sich nachts den Finger verletzt, müsse nach dem Doktor gesprungen werden usw. Das hat böses Blut gemacht und die Reaktion erregt sich sehr gegen den Pfarrer, selbstverständlich auch die Seehäuser Warte, die da schreibt:

. . . . Beunruhigung und Bedenken muß es nicht allein in ländlichen, sondern in allen staatserhaltenden Kreisen hervorrufen, wenn auf dem platten Lande selbst angesehene Männer sich befinden, die — wie wir durchaus zugeben: aus reinem aber mißverstandenem Wohlwollen — den Sozialdemokraten die Stellen bezeichnen, wo sie ihre „Hacken“ mit einem gewissen Erfolge einzuschlagen vermöchten. . . . Noch viel bedenklicher ist es aber, wenn Landpfarrer sich dazu berufen glauben, soziale Mißstände auf dem platten Lande öffentlich aufzudecken. . . . So rühmenswert und pflichtgemäß also das Wohlwollen eines Landpfarrers für die Armen und Schwachen in seiner Gemeinde auch ist, so sollte gerade ein geistlicher Herr sich hüten, Mißstände, die ihm bekannt geworden, ohne weiteres öffentlich zur Sprache zu bringen. Dadurch wird keine „Luft überdrückt“, sondern vielmehr eine solche geschaffen. . . . Die öffentliche Aussprache hat stets etwas verletzendes, agitatorisches an sich, dem ein Diener der Kirche aus dem Wege gehen sollte. Dem Kirchenamte selbst ist ein derartiges Auftreten jedenfalls nicht dienlich. . . .

Es ist sehr bezeichnend, daß die Kirchendiener die Pflicht haben sollen, sich den Schnabel zu verbinden, damit nicht Mißstände in die Oeffentlichkeit dringen. Der Pfarrer wird doch wohl auch erkannt haben, daß die Junker nichts freiwillig thun, daß alle privaten Vorstellungen zwecklos sind. Wenn Arbeiter irgend einen Wunsch dem „Herrn“ gegenüber äußern, und die Beseitigung von Mißständen verlangen, werden sie stets als Sozialdemokraten bezeichnet und vom Hof gejagt. Die Seehäuserin weiß nichts Besseres für die Junker zu thun, als das Vertuschungssystem zu empfehlen.

Die Seehäuser Warte

erlaubt sich wieder einmal, ihrem noch nicht klardenkenden Leserkreise einen Artikel zu unterbreiten, der „beweisen“ soll, daß die Sozialdemokratie nicht die „wirklich aufrichtige Freundin des deutschen Volkes“ ist. Der Artikel des Fabrikantenorgans beschäftigt sich mit der Stellung der Sozialdemokratie zur Börsensteuer, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, Ringen und Monopolen. Heute wollen wir uns nur mit der Börsensteuer beschäftigen und beweisen, daß die Seehäuserin das wahre Wesen derselben nicht kennt, vielweniger noch die Gründe, welche die Sozialdemokratie abhält, für eine Börsensteuer einzutreten. Die Warte scheint sehr viel auf die Unkenntnis, welche die Landarbeiter in derartigen Sachen besitzen, zu spekulieren, aufgeklärte Arbeiter werden es als eine Beleidigung ansehen, wenn die Warte ihnen zumutet, solchen Unsinn zu glauben und als Wahrheit anzusehen.

Konservative und Antisemiten sehen in der Börse die Wurzel alles Uebels und machen dieselbe deshalb zum Gegenstand lebhafter Angriffe. Thatsächlich aber ist die Börse nur der Markt, auf dem ein großer Teil der Geschäfte einer auf dem kapitalistischen Wirtschaftssystem beruhenden Gesellschaft zum Abschluß gebracht wird und die Preise ihre Regulierung finden. Die bürgerliche Gesellschaft kann die Börse nicht entbehren, da sie für den Handel mit Wertpapieren aller Art und für die Beziehungen des nationalen und internationalen Warengeschäfts en gros eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Börsensteuern sind somit nur Gewerbesteuern, die über eine gewisse Höhe nicht erhoben werden können, ohne zahlreiche geschäftliche Uebereinkünfte zu erschweren oder unmöglich zu machen. Das Gewerbe würde somit geschädigt, was gleichbedeutend mit einer Schädigung der Arbeiterinteressen ist.

Ferner sind die Börsensteuern nur indirekte Steuern, die stets nur die Arbeiterschaft zu tragen hat. Die Bankiers und Vermittler der Börsengeschäfte werden einfach die Steuern denjenigen auf die Rechnung setzen, in dessen Auftrage sie Geschäfte machen, und der Auftraggeber wird die Steuer wiederum auf den Preis seiner Ware schlagen, die von der breiten Masse des Volkes gekauft wird. Somit wird nur das arbeitende Volk die Steuern zu tragen haben, nicht die Börsianer.

Wenn somit die Seehäuser Warte schreibt:

. . . Der Mehrertrag der Börsensteuer würde jedenfalls von den deutschen Arbeitern ferngehalten, und, wie billig und recht, den besitzenden Klassen auferlegt. Wenn gleichwohl die Sozialdemokratie gegen dieses Gesetz stimmt, hat dieselbe dann arbeiterfreundlich gehandelt? Ein ehrlicher Mensch wird antworten: Nein! . . .

dann hat sie ihre große Gedankenlosigkeit bewiesen und den Lesern grundfalsches Zeug unterbreitet.

Die Weltgeschichte lehrt uns, daß die jeweilig herrschende Gesellschaftsklasse sich stets von allen Lasten befreit. Früher that sie das in offener Weise, heute aber, wo die Arbeiter lesen, rechnen und schreiben können, geschieht das verkappt und es gehört schon ein tieferer Einblick dazu, die Abwälzung der Steuer auf die schwachen Schultern zu erkennen. Das wissen die Vertreter der herrschenden Klasse und spekulieren infolgedessen geschickt auf die Dummheit der Massen.

Aber noch ein weiterer Grund bestimmt uns, gegen die Börsensteuer zu stimmen. Als die letzte Militärvorlage von den Reaktionären bewilligt wurde, mußte auch auf Mittel und Wege gesonnen werden, um die Millionen für den unersättlichen, die Volkskraft aufsaugenden Militarismus aufzubringen. Unter den neuen Steuern befand sich auch die Börsensteuer, deren Ertrag verdoppelt werden sollte. Da wir prinzipielle Gegner des kulturfeindlichen Militarismus' sind, haben wir Stellung gegen jede Steuer zu nehmen, die für denselben aufgebracht werden soll. Und somit auch gegen die Börsensteuer. Das alles verschweigt die im Fabrikanteninteresse redigierte Seehäuser Warte. Die Gründe, warum sie das thut, lassen sich leicht finden: der Arbeiterstand soll die Wahrheit nicht erfahren. (In nächster Nummer des Landboten werden wir uns mit dem Artikel der Seehäuserin weiter beschäftigen.) —

Vermischtes.

Der Notstand im Hause des Herrn Dietze-Barby. Der frühere Landwirtschaftsminister v. Heyden war unter den ostelbischen Agrariern wenig beliebt. Die Ursache ist wenig bekannt, so erzählt die Kölnische Volkszeitung. Es rührt aber daher, daß Herr v. Heyden, so wenig entschieden er im Parlament gegen die Konservativen auftrat, doch in vertraulichen Kreisen und inter pocula (beim fröhlichen Trinkgelage) oft nicht unterlassen konnte, sie zu ärgern und beißende Witze über den „Notstand“ mancher östlichen Großgrundbesitzer zu machen. Von vielen Geschichten, die man darüber erzählt, sei nur eine mitgeteilt, welche wir verbürgen können. Es war vor etwa anderthalb Jahren, als der Kaiser mit dem Landwirtschaftsminister bei dem Amtsrat Dietze-Barby zur Jagd sich befand. Als Herr v. Heyden merkte, daß Anhänger des Bundes der Landwirte die Gelegenheit benutzen wollten, um dem Kaiser ins Gewissen zu reden, fing er an zu sticheln. Er wies auf die erstaunliche Menge schweren Silbergeschirrs hin, welches die Tafel füllte, und sagte mit pfiffigem Lächeln, das sehe nicht nach „Notstand“ aus. Diesmal war es Frau Dietze, welche den Angriff zurückschlug. Sie sagte, die Familie ihres Mannes wohne schon über 50 Jahre in Barby, hätte sich zahlreiche Freunde erworben, und von diesen sei das ganze Silbergeschirr geschenkt. Die Unterhaltung kam dann auf andere Themata, als schließlich der Kaiser Frau Dietze fragte: „Ist Ihre alte Köchin Marie noch immer bei Ihnen? Ich wollte ihr für ihre treuen Dienste wohl ein Geschenk spenden.“ Frau Dietze bejahte und sagte bekräftigend: „Dieses Diner hat sie ganz allein hergerichtet.“ Als der Kaiser nichts darauf erwiderte, nahm Herr v. Heyden das Wort und meinte mit einer Ironie, welche stürmische Heiterkeit hervorrief: „Alle Achtung! Na, dann muß sie aber doch oft in die Lage kommen, so großartige Diners anzurichten.“ Auch der Kaiser amüsierte sich höchlichst über diese Bemerkung; Klagen über den Notstand wurden aber — wie Fama berichtet — dem Monarchen an diesem Tage bei Dietzens nicht mehr unterbreitet. — Bekanntlich datiert von diesem Diner die erste Anregung zu den neuerlichen Bestrebungen zur Erweiterung der Liebesgaben für die Zuckerindustrie. —

Der Landbote

Unabhängiges Organ für die Interessen der Landbewohner.

(Beilage zu Nr. 134 der Magdeburger „Volksstimme“.)

Der „Landbote“ erscheint Mittwochs als Beilage der Magdeburger „Volksstimme“.
Verantwortlicher Redakteur: H. Baumüller, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt.
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg.

Magdeburg, 12. Juni 1895.

Inserate für den „Landboten“ müssen bis Montag mittag aufgegeben werden.
Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Lankau Magdeburg.
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

17100000 Mark.

In der Session von 1892/93 beantragte die preußische Regierung beim Landtage die „Außer-Hebung-Setzung“ aller sogenannten Realsteuern und darunter auch der Grundsteuer. Dieser Fortfall der Grundsteuer war ein Geschenk an die Junker, die nach der Einführung des Grundsteuergesetzes von 1861 eine Grundsteuerentschädigung im Betrage von vielen Millionen erhalten hatten, zum Lohne dafür, daß sie bis dahin grundsteuerfrei gewesen waren! Die Regierung verlangte nun, um den Geschenkcharakter des Grundsteuererlasses ein wenig zu vertuschen, die Zurückzahlung jener Grundsteuerentschädigungen, wenn das Geld sich noch in den Händen derselben Familie befand, die die Entschädigung empfangen hatte. Es hatten die gezahlten Entschädigungen betragen:

für Fideikommißgüter . . .	2,8 Millionen,
„ andere Güter	14,3 „
zusammen:	17,1 Millionen.

Von den 14,3 Millionen an „anderen Gütern“ trafen auf

Güter noch in den Händen des ursprünglichen Empfängers .	3,8 Millionen
vererbte Güter	5,5 „
verkaufte usw. Güter	5,0 „

Die Regierung wollte nun auf die Zurückzahlung der Grundsteuerentschädigung bei den letztgenannten Gütern verzichten, verlangte die Herausgabe aber doch da, wo noch dieselbe im Genuß des Gutes geblieben war. Die Wortführer der „Edelsten und Besten“ rasserten über das Verlangen der Regierung vernehmlich genug. Nicht aber deswegen, weil nicht alle, denen die Grundsteuer erlassen wurde, den Kaufpreis dafür zu zahlen hatten, sondern weil sie nehmen für seliger als geben hielten und überhaupt nichts von dieser Verpflichtung wissen wollten. Das Abgeordnetenhaus beschränkte denn auch die Rückzahlungspflicht des Teilerben auf den Teil, den er kraft Erbschaft übernommen hatte und verminderte so die zurückzuzahlenden Gelder um rund zwei Millionen. Es blieb also eine Rückzahlungspflicht von 9 bis 10 Millionen.

Adel aber verpflichtet, und so folgte denn am 1. April 1895, an welchem Tage die Befreiung von der Grundsteuer in kraft trat, der Sturmlauf der Agrarier auf das neue Gesetz. In beiden Häusern des preußischen Landtages wurde gleichzeitig ein Antrag eingebracht, die Entschädigungsgelder, die ehemals bei Einführung der Grundsteuer den Rittergütern gezahlt worden sind, auch jetzt nach Fortfall der Grundsteuer in den Händen der Besitzer zu belassen. Im Herrenhause ging der Antrag von konservativen Großgrundbesitzern aus, im Abgeordnetenhause von konservativen und nationalliberalen Vertretern der Provinz Schleswig-Holstein. Hier ist am 11. Mai der Antrag nach mehrstündiger Beratung einer Kommission überwiesen worden; im Herrenhause hat die Kommission bereits zwar nicht den Entwurf, aber trotz der Erklärungen der Regierungskommissare die Aufforderung zur Vorlegung eines entsprechenden Regierungsentwurfes beschlossen.

Siebzehn Millionen hunderttausend Mark hat der Großgrundbesitz vor vierunddreißig Jahren eingesäckelt; nun ihm ein Millionengeschenk durch die „Außer-Hebung-Setzung“ der Grundsteuer gemacht, sucht er sich um die gesetzlich ihm auferlegte Pflicht der Zurückzahlung zu drücken. Da die Junkerschaft im Landtage den Ausschlag giebt, da die Regierung den „Notleidenden“ mit Wappenschild und Helm garnicht genug an Liebesgaben gewähren kann, so steht zu erwarten, daß auch dieser Fischzug auf Kosten der Steuerzahler den ostelbischen Baronen und ihren Gefolgsleuten gelingt.

Wie sagte doch dieser Tage der preußische Landwirtschaftsminister, Hammerstein-Loxten, der jetzt in Ostelbien reist, zu westpreußischen Junkern: „Die Krisis der Landwirtschaft ist allgemein, und darum ist es schwer, rasch zu helfen. Was die Staatsregierung leisten und nach ihrer Ueberzeugung thun kann, wird geschehen.“ Und es geschieht zum Nachteile der Verbraucher, der breiten Schichten der Bevölkerung.

Doch alle diese Spenden und Trinkgelder sind doch bloß „kleine Mittel“, die die agrarische Opposition nicht lahm legen werden. Je mehr ihr bewilligt wird, desto begehrlicher wird sie, sie tastet die Lebensinteressen der Volksmassen mit raffgieriger Hand ohne Scham an und heischt die Verewigung des schofelsten Brotwuchers.

Branntweinsteuernovelle, Zuckersteuernotgesetz, Zolltarifnovelle, Kredit, Margarinegesetz, Münzkonferenz, diese Lumpereien zu den alten gesicherten Zoll- und Steuerprofiten werden mit aristokratischer Nachlässigkeit genommen, doch das blaue Blut wird erst dann für eine Weile befriedigt, wenn der Antrag Kanitz die „angemessenen Preise“ verbürgt und die Doppelwährung die Preise in die Höhe schnellt.

Ein irrlichtelierendes Regime, das immer doch wieder auf den Sand der Auspowerungspolitik und Zwangswirtschaft gerät, eine freche Reaktionspartei, die nach dem Sturze des Wahlrechts, nach Knebelung der Sozialdemokratie, nach neuen Hungersteuern lechzt, welche Aussichten für die Zukunft! —

Agrarpolitisches.

):(**Grundsteuer-Entschädigungs-Kapitalien.** Die Post fordert ihre Freunde dazu auf, zur Unterstützung des Gesetzentwurfs auf Aufhebung der Rückzahlungspflicht für die Grundsteuer-Entschädigungs-Kapitalien zahlenmäßig die Beteiligung von Groß- und Kleingrundbesitz an einem solchen Geschenk zu ermitteln. Wir möchten bitten, diese

Enquete noch besonders auszudehnen auf die nachfolgenden Großgrundbesitzer, denen als Inhabern von Gutsbezirken vom 1. April 1895 die Grundsteuer erlassen worden ist für die beifolgende Anzahl von Gütern und Hektaren:

Fürst Pleß für 83 Güter mit 70 139 Hektaren, Fürst Puttbus für 62 Güter mit 19 752 Hektaren, Fürst Stolberg-Wernigerode für 21 Güter mit 19 649 Hektaren, Fürst Hohenlohe-Oehringen für 43 Güter mit 39 365 Hektaren, Graf Redern für 24 Güter mit 18 766 Hektaren, Graf Stolberg-Roßla für 13 Güter mit 8871 Hektaren, Herzog von Ratibor für 53 Güter mit 34 026 Hektaren, Prinz Biron von Kurland für 29 Güter mit 22 691 Hektaren, Fürst Hatzfeldt für 30 Güter mit 18 538 Hektaren, Fürst Lichnowsky für 15 Güter mit 8691 Hektaren, Frhr. v. Eckardstein für 16 Güter mit 13 485 Hektaren, Graf Henckel von Donnersmarck für 33 Güter mit 23 731 Hektaren, Reichsgraf v. Oppersdorff für 21 Güter mit 5992 Hektaren, Reichsgraf v. Brühl für 12 Güter mit 22 716 Hektaren, Reichsgraf v. Schaffgotsch für 39 Güter mit 31 011 Hektaren, Graf zu Stolberg-Stolberg für 4 Güter mit 8794 Hektaren.

Die Herren sind vorstehend aufgeführt in der Reihenfolge der Höhe des Grundsteuer-Reinertrages ihres Grundbesitzes. Der Grundsteuer-Reinertrag des Fürsten v. Pleß beträgt 358 753 Mk., für den an letzter Stelle angeführten Grafen zu Stolberg-Stolberg 115 864 Mk. Da die Grundsteuer 9½ Proz. des Grundsteuer-Reinertrages beträgt, so beziffert sich beim Fürsten Pleß der Steuererlaß auf mindestens 36 000 Mk. und bei dem letzten in der obigen Reihe aufgeführten Grafen Stolberg-Stolberg auf über 12 000 Mk. Die vorgenannten Herren sparen also jeder zwischen 12 000 und 33 000 Mk. jährlich an Grundsteuer, dafür sollen sie nun noch nicht einmal die Entschädigungs-Kapitalien zurückzahlen, welche diesen Majoraten 1865 in 4½ prozentigen Staatspapieren in Höhe des 13⅛fachen Jahresbetrages der damals eingeführten Grundsteuer ausgezahlt worden sind. —

):(**Echt konservativ** ist die folgende Warnung der Konservativen Korrespondenz: „In allen ernsthaft politischen Kreisen ist man darüber einig, daß das öffentliche Aufdecken von Mißständen in der Lage der Industriearbeiter, wie es die Spezialität der Herren Stadtpfarrer Göhre und Naumann bildet, deshalb vom Uebel ist, weil die mit Zuhilfenahme einer gewissen Reklame in die Oeffentlichkeit gebrachten „Entdeckungen" einzelner Mißstände von der sozialdemokratischen Presse alsbald verallgemeinert werden. Noch viel bedenklicher ist es aber, wenn Landpfarrer, dem Beispiele der Herren Göhre und Naumann folgend, sich dazu berufen glauben, soziale Mißstände auf dem platten Lande öffentlich aufzudecken." Also alles hübsch totschweigen, Ihr Herren Landpfarrer, mag auch die Not gen Himmel schreien! —

):(**Die Durchschnittspreise für die wichtigsten Lebensmittel** betrugen im Mai d. Js. im Vergleich zu den Aprilpreisen für 1000 Kilogramm: Weizen 150 (137) Mk., Roggen 132 (120) Mk., Gerste 123 (120) Mk., Hafer 126 (118) Mk., Kocherbsen 202 (201) Mk., Speisebohnen 286 (275) Mk., Linsen 386 (380) Mk., Eßkartoffeln 56,7 (57,3) Mk., Richtstroh 38,7 (38,3) Mk., Heu 52,7 (53,6) Mk., Rindfleisch im Großhandel 1073 (1077) Mk.; für ein Kilogr. Rindskeule 1,36 (1,36) Mk., Rindfleisch vom Bauch 1,15 (1,16) Mk., Schweinefleisch 1,28 (1,30) Mk., Kalbfleisch 1,25 (1,25) Mk., Hammelfleisch 1,23 (1,25) Mk., ger. inl. Speck 1,59 (1,61) Mk., Eßbutter 2,08 (2,11) Mk., inl. Schweineschmalz 1,57 (1,59) Mk., Weizen-Speisemehl 0,27 (0,25) Mk., Roggen-Speisemehl 0,23 (0,22) Mk., für ein Schock Eier 2,76 (2,97) Mk. —

„Berufsgenossen, aufgepaßt!"

Unter diesem Alarmruf erläßt der Bund der Landwirte an seine Getreuen folgendes Manifest:

„Am 14. Juni dieses Jahres findet bekanntlich eine *Berufs- und Gewerbezählung für das Deutsche Reich* statt. Um nun die von feindlicher Seite so oft bestrittene Bedeutung der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung für unser Vaterland auch in prozentualer Beziehung zur Gesamtbevölkerung zahlenmäßig zu beweisen, kommt es darauf an, daß durch diese Berufs- und Gewerbezählung auch wirklich die Gesamtheit aller mit der Landwirtschaft in Verbindung stehender Personen als solche gezählt wird, also sämtliche, auch die kleinsten Betriebe. Da das Resultat dieser Zählung für die bevorstehende Gesetzgebung wirtschaftlichen Inhalts jedenfalls in hervorragender Weise mitbenutzt werden wird, so ist es Pflicht eines jeden Landwirts, an seinem Teile darauf hinzuwirken, daß bei der Personenaufnahme alle diejenigen, welche, wenn auch nur in der Nebenbeschäftigung, Landwirtschaft betreiben, dies im Fragebogen bemerken, damit niemand vergessen wird. Wie man uns nun von verschiedenen Seiten mitteilt, wird von den Landratsämtern vielfach irrtümlich angenommen, daß nur solche landwirtschaftlichen Betriebe auf besonderen Karten zu verzeichnen sind, wo selbständige landwirtschaftliche Unternehmer resp. Arbeitgeber sind, daß für die landwirtschaftlichen Arbeiter dagegen nur sogenannte „Haushaltungsbogen" auszufüllen sind. Diese Auffassung ist ohne Zweifel falsch. Haben doch unsere landwirtschaftlichen Arbeiter fast alle Garten- und Deputatland in eigener landwirtschaftlicher Nutzung, ebenso eine eigene Kuh und ein paar Schweine. Es sind auf Grund dieser Umstände also auch für fast alle landwirtschaftlichen Arbeiter besondere „Landwirtschaftskarten" auszufüllen, damit jede derartige Haushaltung als landwirtschaftliche mitgezählt wird. Ueberall dort nun, wo von den die praktischen Verhältnisse nicht kennenden Beamten zu wenig „Landwirtschaftskarten" verteilt worden sind, ist es Pflicht des betreffenden Guts- oder Gemeindevorstandes, sich die fehlenden Karten zu beschaffen, damit nicht sonst einfach so viel weniger Karten abgegeben werden und infolge dessen eine hinter der Wirklichkeit zurückstehende Prozentzahl der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung herauskommt, wovon diese sicherlich einen kaum zu übersehenden Schaden haben würde. Also aufgepaßt, Berufsgenossen, wenn wir nicht wieder wie stets zu kurz kommen sollen!"

Dieses Manifest giebt zu denken. Wir sind versucht, zu glauben, es komme dem „Bund der Landwirte" darauf an, die Zählung zu Gunsten der agrarischen Sonderinteressen zu beeinflussen, d. h. mehr Landwirte herauszurechnen, als in Wirklichkeit existieren. Die Agrarier wollen ja die Thatsache nicht zugeben, daß wir längst in einem sich immer mehr entwickelnden Industriestaate leben, daß die Industrie die Landwirtschaft überflügelt hat. Sie haben schon oft versucht, durch Fälschung der Statistik künstlich den Nachweis zu konstruieren, daß die große Mehrheit des Volkes noch auf die Landwirtschaft angewiesen sei, um auf diese Weise ihre von Anmaßung und maßloser Begehrlichkeit diktierte Wirtschafts-Politik zu „rechtfertigen". Jetzt wollen sie offenbar das durch die Zählung zu gewinnende Resultat dadurch fälschen, daß sie die Aufführung auch der landwirtschaftlichen Arbeiter, die ihr ihnen als ein Teil des Lohnes vom Gutsherrn angerechnetes Deputat-Land bebauen, als „Landwirte" bezw. „selbständige Bauern" bewirken. Dieser Schwindel ist denn aber doch wirklich zu plump! —

Zur Lage der Landarbeiter.

*** **Die Sachsengänger** sind auf den Rittergütern Schlesiens in der elendesten Weise *untergebracht*; jedenfalls sind ihre Wohn- und Schlafräume, auch wenn sie sonst den sanitären Anforderungen einigermaßen entsprechen, durchgängig zu klein. Gewöhnlich wohnen und schlafen jedoch die Polen in irgend einem ungebrauchten oder unbrauchbaren Raume, der sich zu nichts weniger eignet, als zur menschlichen Wohnung. Eine energische Wohnungspolizei fände gar viel zu thun. Man rechnet auf die Genügsamkeit der Polen und diese, geblendet von dem Lohne, der etwas höher ist, als in ihrer Heimat, finden sich auch in alles, was man ihnen zu bieten wagt. Bereits sind auf einem Gute in Deutsch-Jägel unter den polnischen Arbeitern die Blattern ausgebrochen. Ob die „scharfen Maßregeln" der Behörden die Krankheit auf ihren Herd zu beschränken im stande sein werden? — Mit der Sonntagsarbeit auf den Gütern wird es, je weiter wir in den Sommer kommen, immer schlimmer. Einzelne Gutsbesitzer lassen kaum einen Sonntag aus; und wenn auch die Arbeiter frei sind von der Gutsarbeit, so müssen sie doch auf ihren eigenen oder den ihnen zugewiesenen paar Beeten arbeiten, wozu sie an Wochentagen niemals Zeit haben. —

Die Ausbeutung der Schulkinder.

Aus Schlesien wird der Leipziger Volkszeitung geschrieben: Von Jahr zu Jahr hat hier die Beschäftigung der Schulkinder auf den großen Gütern zugenommen. Bereits seit vier Wochen werden sie zum Steineklauben, Jäten, Rübenhacken, Rübenvereinzeln 2c. verwandt. Besonders die Rübenbearbeitung wird zu einem großen Teile von Schulkindern besorgt. Auch bei der nicht einmal allzu starken Maikäferplage wurden in verschiedenen Gegenden auf Ersuchen der Gutsbesitzer bei der Regierung die Schulkinder gänzlich vom Unterricht befreit, um zum Sammeln der Maikäfer verwandt zu werden. Die Kinder fangen bereits im Alter von 8 Jahren die Gutsarbeit an; die jüngeren, 6—8jährigen, sind durch den für die Kinder dieses Alters eingerichteten Nachmittagsschulunterricht zu arbeiten verhindert. An Lohn erhalten sie 25 bis 30 Pfg. pro halben Tag; die Arbeitsgeräte müssen sie selbst mitbringen. Um die Kinder heranzuziehen und zu halten, wenden die Gutsbesitzer mancherlei Kniffe und Listen an: sie versprechen den Kindern ein Kirschenfest und dergl., holen sie von entlegenen Dörfern auf Wagen mit Harmonikamusik ab, und was dergleichen Scherze mehr sind. Die Lehrer klagen natürlich sehr darüber, daß in der ganzen Sommerzeit mit den Schulkindern nichts anzufangen ist; alle energische Arbeit in der Schule wird in das Winterhalbjahr verlegt. Die Schulinspektoren wissen das auch und wagen die Landschulen im Sommer gar nicht mehr zu besuchen. —

Aus den Gerichtssälen.

§ **Ebendorf.** (Vom Landfriedensbruch-Prozeß.) Ein umständliches Strafverfahren hat ein ganz gewöhnlicher Wirtshaus-Krawall nach sich gezogen. Im Jakobschen Gasthause zu Ebendorf wurde am 1. Oktober 1893 Erntedankfest gefeiert. Während des Nachmittags wurde weniger getanzt, als gelärmt, und der Umstand, daß einige Sozialdemokraten mit roten Rosen im Knopfloche erschienen, gab zu Weiterungen Anlaß. Schließlich bemächtigte sich der Mehrzahl der Anwesenden eine große Aufregung, und den Organen der Staatsgewalt, welche schließlich auch angegriffen wurden, war es nicht möglich, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg erhob gegen eine Anzahl der Beteiligten Anklage wegen Aufruhrs. Die Sache wurde schließlich in zwei Teile zerlegt, von denen der eine dem Schwurgerichte zur Aburteilung überwiesen wurde. Die Revision der in diesem Prozesse Verurteilten ist zweimal von Erfolg gewesen, dagegen wurde die Revision gegen das dritte Schwurgerichtsurteil vom Reichsgerichte verworfen. Jetzt handelt es sich nur noch um denjenigen Teil der Sache, welcher vor die Strafkammer verwiesen worden war. Nach zweitägiger Verhandlung hat am 27. Februar das Landgericht Magdeburg den Maurergesellen Waldemar Ude, den Schuhmacher August Uterwedde und den Arbeiter Fritz Hessel wegen Aufruhrs zu Gefängnisstrafe verurteilt. — Die Revision dieser Angeklagten kam kürzlich vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Dessauer aus Magdeburg, suchte auszuführen, daß die Angeklagten nicht das Bewußtsein gehabt haben, an einer Zusammenrottung teilzunehmen. Bezüglich des Uterwedde wurde behauptet, derselbe sei nur infolge eines Versehens verurteilt, er sei gar nicht im Hausflur, dem Schauplatze des Aufruhrs, gewesen, sondern im Gastzimmer. — Herr Reichsanwalt Schumann bezeichnete die erhobenen Beschwerden als unbegründet. Ob eine Teilung der Laube, so führte er weiter aus, zweckmäßig gewesen sei, lasse er dahingestellt. Am angemessensten wäre es gewesen, sämtliche Angeklagte vor dem Schwurgerichte abzuurteilen, dann wäre es vermieden worden, daß jetzt zum siebenten Male wegen dieser Sache verhandelt werde. Das Reichsgericht erkannte sodann auf Verwerfung der eingelegten Revision. —

Aus Land und Stadt.

II. **Burg.** (Oeffentliche Impfung.) Die Polizeiverwaltung veröffentlicht, daß die diesjährigen öffentlichen Impfungen nur an den drei aufeinander folgenden Tagen, den 10., 11. und 12. Juni d. J., jedesmal nachmittags 3½ Uhr, im Konzerthause des Herrn Paul Bassgkow, hier, Markt Nr. 5, stattfinden. —

VII. **Halle.** (Zustände in der hiesigen Zuckerraffinerie.) Außerordentlich hart ist die Arbeitsordnung der Zuckerraffinerie. Ein Wort zunächst über die Strafen. Wegen Vorbeidrehens eines kaum 10 Pfennig werten alten Sackes muß 1 Mark Strafe bezahlt werden. Gleiche Strafe trifft den, der ein Brot (Zuckerhut) herunterfallen läßt. 2 Mark Strafe mußte ein Arbeiter bezahlen, der sich einen alten, der Fabrik gehörigen Lappen, von einem alten Preßtuche herrührend, als Schurz vorgebunden hatte. 3 Mark Strafe muß der Arbeiter bezahlen, dem die Schuld beigemessen wird am Herreißen eines Fahrstuhlgurtes oder eines Maischbrechers. Das Rauchen in den Räumen der Fabrik ist den Arbeitern bei 1—3 Mark Strafe verboten. Welche Summen die Strafen ausmachen, mag daraus ersehen werden, daß in einer Kampagne vor 2 Jahren ein Arbeiter 14 Mark Ordnungsstrafe zahlte. Die Arbeitszeit auf der Centrifugenstation läuft von 6—6 Uhr, so daß zwei Schichten gemacht werden. Die Arbeit ist überaus anstrengend; alles muß im Trabe gehen. Die gefüllten Säcke müssen 40 Meter weit geschleppt werden. Vesperpause giebt es nicht, sondern nur eine halbe Stunde Frühstück und eine Stunde Mittag. Neuerdings konnte in dieser Station noch ein Mann eingestellt und dadurch der vier bis fünf Mann starken Belegschaft die Arbeit etwas erleichtert werden. Die Bodenarbeiter arbeiten in einer Schicht von früh 6 bis abends 6, 7, ja 8½ Uhr. Es ist ihnen nicht einmal gestattet, sich Frühstück holen zu lassen. Diese „Vergünstigung" steht nur den Belegschaften der Roh- und Weißzuckerniederlage zu. Vor der Einführung der Sonntagsruhe erhielten die Arbeiter der langen Schicht wenigstens eine Vorlegung bezahlen von 24 auf 18 Stunden; aber es ist beim alten geblieben. Im Füllhaus wird in einer Schicht von früh 6 bis abends 7 und 8 Uhr gearbeitet. Drei Mann haben Nachtschicht. Die Tagesbelegschaft beträgt 21 Mann nebst Jungen. Täglich müssen sie etwa 7000 Brote transportieren. Die Arbeiter des Füllhauses stehen in Akkord. Früher waren die Brote pro Stück nur 48 Pfd. schwer; jetzt wiegen sie 53 und 54 Pfd., ohne daß die Löhne im geringsten gestiegen wären. Es bedeutet das eine Herabdrückung des Arbeitslohnes um 10 bez. 12½ Prozent. Eine weitere Station ist die Papierstube. Hier sind 35—45 Männer und Frauen beschäftigt. Sie arbeiten in einer Schicht von früh 6 Uhr an bis sie abends fertig sind. Es dauert das bis 7 oder auch 8 Uhr. Sonntags arbeiteten sie manchmal nicht, manchmal von morgens 6—12 oder von 6—9 Uhr. Nach Einführung der Sonntagsruhe wird in dieser Station zwar nicht gearbeitet, doch mußten die Männer einmal den Arbeitern auf dem Zuckerboden aushelfen. Das sind unerhörte Arbeitsverhältnisse, von denen wir in der nächsten Ausgabe des Landboten mehr schreiben werden. —

Sch. **Magdeburg.** (Die rückständigste Arbeiterbevölkerung, die Sachsengänger, sind erwacht!) Der Geist der Zeit ragt überall und weckt Schlummernde auf. So die Sachsengänger, welche jüngst Elbeborden verschachert und nach hier transportiert wurden. Aber ihr Hiersein hat nichts geschadet. Auf dem Wegeneder der geistigen Gesellschaft und